

Inhalt:	Seite
Aktiv	1
Buch	2
Chemikalien (Cocktail, Luftschadstoffe, Gefahrstoffe, Neurologische Schädigungen, Politik, Bisphenol A, Blei, Cadmium, Lösungsmittel, Pestizide, Perfluorierte Tenside, Plastik, Quecksilber, Uran)	2
Schimmel	11
Nanotechnologie	12
Agro-Gentechnik	14
Elektromagnetische Strahlung	18
Radioaktivität	20
Lärm	21
Recht	22
Umweltmedizin	23
Verbraucher – Konsumverhalten	24
TV	24
Zeitschriften, Zeitungen	25
Politik – Behörden (Bundesregierung, Bundestag, UBA, BZgA)	26

=====

AKTIV

Vom BUND

Für eine Zukunft ohne Gift - Weichmacherverbot im Umfeld von Kindern In mehr als 200 Kitas hat der BUND eine Belastung mit giftigen Weichmachern nachgewiesen. Verbraucherschutzministerin Aigner könnte die Verbreitung von Weichmachern im Umfeld von Kindern stoppen. Sie sitzt das Problem aber lieber aus. Fordern Sie Abgeordnete aus den betroffenen Regionen auf, sich für ein Verbot einzusetzen:

Weitere Hintergrundinformationen unter

http://www.bund.net/themen_und_projekte/chemie/zukunft_ohne_gift/hintergrund/

Aufruf unterzeichnen unter <https://www.bund.net/index.php?id=13892>

Belgien: Petition für "Weniger Elektromog!"

Sie handelt von der dringenden Notwendigkeit der strengeren Anwendung des Vorsorgeprinzips bezüglich der gesundheitsschädigenden Folgen von Elektromog und insbesondere der gepulsten Mikrowellenstrahlung von: Mobilfunkmasten (2G, 3G/UMTS, 4G), drahtlosen Internetanbindungen/ Telefonen/ Babyfonen/...(WiFi/WLAN, WiMax, DECT), usw.

Mehr Infos unter <http://www.petition-electrosmog.be/esmog.php?l=de>

Unterzeichnung unter <http://www.petition-electrosmog.be/sign.php?l=de>

=====

BUCH

Tennekes, Henk, Das Ende der Artenvielfalt – Neuartige Pestizide töten Insekten und Vögel

1. Auflage 2011, 12 Illustrationen, 17 Grafiken, 72 Seiten. Der BUND solidarisiert sich mit Tennekes

Forderungen. Gemeinsam mit dem Autor hat er sein Buch ins Deutsche übersetzt. Limitierte deutsche Ausgabe. Der Vertrieb läuft ausschließlich über den BUND-Onlineshop. Bestellung unter www.bundladen.de Best.-Nr.: 39323, Preis: €29,95 (zzgl. €5,90 Versandkosten)

=====

CHEMIKALIEN – CHEMIECOCKTAIL

20.11.2011

Chemiecocktail im Kleiderschrank

Gefährliche Chemie in Textilien ist kaum reguliert - wie man sich schützen kann

Baierbrunn (ots) - Die Herstellung eines Kilos Textilien verbraucht mitunter mehr als sechs Kilo Chemikalien. Allein für die Ausrüstung von Stoffen listet der Textilhilfsmittelkatalog an die 7000 unterschiedliche Zubereitungen auf. Nicht alle sind gefährlich und viele lösen sich auch nicht mehr aus der Kleidung. Aber für Menschen mit empfindlicher Haut oder einer Allergieneigung bleiben viele Stoffe übrig, die sie meiden sollten. Da es keine Deklarationspflicht gibt, sind sie auf indirekte Hinweise angewiesen, etwa wenn Textilien als "bügelfrei", "knitterarm", "schmutzabweisend", "sanitized" oder "fußpilzhemmend" ausgewiesen werden. Sie deuten auf chemische Substanzen hin, die Allergien auslösen können, berichtet die "Apotheken Umschau".

Mehr unter: <http://www.presseportal.de/print/2150974-chemiecocktail-im-kleiderschrank-gefaehrliche-chemie-in-textilien-ist-kaum.html>
www.apotheken-umschau.de

UBA: Schutzmittel für Fasern, Leder, Gummi und polymerisierte Materialien

http://www.biozid.info/index.php?id=65&tx_ubabiozid_pi1%5Bid%5D=22&cHash=13f87031dff87760670478cad5cabade

=====

CHEMIKALIEN - LUFTSCHADSTOFFE

06.09.2011

Lunge: Einfluss der Umgebungsluft unterschätzt

Expertenappell zu mehr Verantwortung für das Atemorgan

Begehbare Lunge: Gefahr schmutziger Luft kaum bewusst

Ständige Umwelteinflüsse sind ein wichtiger Faktor für Asthma, COPD, Lungenkrebs und andere Krankheiten der Lunge, werden jedoch meist übersehen. Das betonen die österreichischen Pneumologen (ÖGP) (<http://www.ogp.at>) anlässlich ihres Jahreskongresses am heutigen Dienstag in Wien. Ziel der Experten ist ein besserer Wissensstand der Bevölkerung über die Gesundheit der Lunge. "Die Lunge kommt mit der Umwelt viel stärker als jedes andere Organ in Kontakt. Sie wird jedoch viel zu wenig wahrgenommen", betont ÖGP-Vizepräsidentin Sylvia Hartl im presstext-Interview.

300 Mio. Liter Luft atmet eine Lunge im Lauf eines Menschenlebens und versorgt alle anderen Organe mit dem lebensnotwendigen Sauerstoff. Was unsichtbar in der Luft mitschwebt, kann zur Bedrohung werden. "Dazu gehören Staub, Zigarettenrauch, Pollen und Allergene, jedoch auch Ozon, Giftgase und Stickoxide sowie Infektionserreger wie Viren und Sporen von Schimmelpilzen. Schadstoffe der Luft können auch andere Organe schädigen und sogar zu Krebs führen, etwa wenn ultrafeine Partikel eingeatmet werden, die Lungenbläschen durchdringen und ins Blut gelangen", so Hartl.

Um die Lungengesundheit ist es schlecht bestellt. Die Krankheits- und Todeszahlen steigen: Etwa an Raucherlunge (COPD) leiden allein in Österreich rund eine Mio. Menschen, davon 400.000 in schwerem Stadium. Bereits sechs bis acht Prozent der Kinder leiden an Asthma, und auch Lungenentzündung oder Lungenkrebs sind laut Hartl weiter im Anstieg. "Bei vielen Erkrankungen wird empfindliches Lungengewebe für immer zerstört. Viele haben aufgrund unbehandelter Infekte eine verkleinerte Lunge - darunter oft auch Kinder."

Mehr unter <http://search.presstext.com/news/20110906031>

=====

CHEMIKALIEN – NEUROLOGISCHE SCHÄDIGUNGEN

22.10.2011

Aus der taz:

Neurologische Schädigungen - Umweltchemikalien bleiben toxisch.

Die gesundheitliche Belastung durch Umweltgifte hat zwar insgesamt abgenommen.

Doch eine Entwarnung kann es nicht geben – insbesondere nicht für Kinder.

Von Katrin Burger

Quecksilber und PCBs im Fisch stehen im Verdacht Hirnerkrankungen auszulösen.

Das moderne Leben ist geprägt von einer ganzen Vielzahl an Stoffen. Nicht nur in der PET-Flasche und im Computergehäuse tummeln sich zahlreiche Chemikalien, auch die Zutatenliste von Lebensmitteln und Trinkwasser, Kosmetika, Kleidung, Möbeln oder Hausstaub ist lang – und für den Verbraucher jedoch meist nicht einsehbar.

Mehr unter <http://www.taz.de/Neurologische-Schaedigungen-/!80413/>

=====

CHEMIKALIEN – POLITIK

16. 09. 2011

Im Bundestag notiert: Chemikalienpolitik Umwelt/Kleine Anfrage

Die Bundesregierung soll die aktuellen Schwerpunkte ihrer Chemikalienpolitik nennen. Dazu

fordert sie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage (17/6955

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/069/1706955.pdf>) auf. Das Schriftstück umfasst 55 Detailfragen, unter anderem zur „Verordnung über die Aus- und Einfuhr von gefährlichen Chemikalien“ und Weichmachern in Alltagsprodukten. „Neue Stoffe wie Nanopartikel und Umwelthormone“ stellten die europäische und nationale Chemikalienpolitik „vor neue Herausforderungen“, schreibt die Fraktion.

=====

CHEMIKALIEN – GEFAHRSTOFFE

19.09.2011

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)

Sicherer Umgang mit Gefahrstoffen: GESTIS-Stoffmanager hilft bei Gefährdungsbeurteilung Neues kostenloses Internetangebot des IFA jetzt online

Chemische Risiken am Arbeitsplatz auch mit wenig Erfahrung beurteilen, das ermöglicht der neue GESTIS-Stoffmanager des Instituts für Arbeitsschutz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (IFA) unter www.dguv.de/ifa/gestis-stoffmanager . Die kostenlose Onlinehilfe ist vor allem für kleine und mittlere Unternehmen geeignet. Das Programm führt durch die Gefährdungsbeurteilung, schätzt die Gefahrstoffbelastung für Atemwege und Haut ab und hilft bei der Auswahl von Maßnahmen, um gefährliche Belastungen wirksam zu mindern. Gleichzeitig erhält der Nutzer einen dokumentierbaren Bericht zur Gefährdungsbeurteilung. Der GESTIS-Stoffmanager basiert auf der Software "Stoffenmanager" des niederländischen Instituts TNO. Die Europäische Chemikalienagentur in Helsinki empfiehlt den Stoffenmanager für die Expositionsabschätzung gemäß Europäischer Chemikalienverordnung REACH.

Für die Beurteilung chemischer Gefährdungen am Arbeitsplatz sind zwei Fragen entscheidend: Welche Eigenschaften hat ein Stoff, ist er beispielsweise ätzend oder giftig? Und: Wie hoch ist die Belastung für den Arbeitnehmer in der jeweiligen Arbeitssituation? ...

Für alle, die genauere Informationen zur Höhe der Belastung durch einatembare Stäube und Dämpfe benötigen, gibt es ein zusätzliches Berechnungsmodul. Es ermittelt für die jeweilige Arbeitssituation zum Beispiel den Schichtmittelwert eines speziellen Einzelstoffes; dieser lässt sich dann mit geltenden

Grenzwerten oder anderen Empfehlungen zur Arbeitsplatzbelastung vergleichen.

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) - Spitzenverband der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen

Internet <http://www.dguv.de>

Anmerkung Scherrmann:

Falls ein Leser dieses newsletters Erfahrung mit dieser Datenbank hat, wäre ich für ein feedback dankbar.

=====

CHEMIKALIEN - BISPENOL A

23. 11. 2011

Bisphenol A lauert in Konservendosen

Boston – Die Diskussion um die Risiken von Bisphenol A drehte sich bisher vor allem um Baby-Flaschen und andere Plastikbehältnisse. Jetzt zeigt eine Studie im US-amerikanischen Ärzteblatt (JAMA 2011; 306: 2218-2220), dass auch Konservendosen erheblich belastet sind. Es war bekannt, dass viele Konservendosen innen mit einer Dichtungsfolie aus Epoxidharz beschichtet sind, die Bisphenol A enthält. Die Chemikalie wird an den Inhalt abgegeben und gelangt beim Konsum in den Körper. Bislang ging man davon aus, dass die Exposition gering ist. Deshalb überraschen die Ergebnisse einer kleinen Studie, die Karin Michels von der Harvard School of Public Health in Boston durchgeführt hat.

Mehr unter <http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/48151/>

Presse: <http://jama.ama-assn.org/content/306/20/2218.2.extract>

Studie: <http://www.hsph.harvard.edu/news/press-releases/2011-releases/canned-soup-bpa.html>

17. 11. 2011

Unsaubere Rechnung / Bisphenol ist in Kassenbons auf Thermopapier hoch konzentriert und gut löslich

Viele Kassenbons enthalten die gesundheitsgefährdenden Chemikalien Bisphenol A und S, berichtet die "Apotheken Umschau" unter Berufung auf das Berliner Prüfinstitut für Chemische Analytik. Bei sieben von acht Quittungen stellten die Tester dies fest. In dem Thermodruckpapier sei die Substanz nicht nur viel höher konzentriert als in Plastik, sondern auch weniger fest gebunden. Bisphenol wirkt ähnlich wie das weibliche Sexualhormon Östrogen und beeinflusst die Fortpflanzung sowie Gehirnentwicklung. Seit Juni ist die Substanz in Babyflaschen verboten. <http://www.wortundbildverlag.de/www.apotheken-umschau.de>

=====

CHEMIKALIEN – BLEI

19. 09. 2011

Vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

Bleihaltige Munitionsreste in geschossenem Wild können für bestimmte Verbrauchergruppen ein zusätzliches Gesundheitsrisiko sein

Das BfR empfiehlt Kindern, Schwangeren und Frauen mit Kinderwunsch auf den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild zu verzichten. Wildschwein, Reh und Hirsch gehören neben Innereien von Nutztieren, Meeresfrüchten und Gewürzen zu den am höchsten mit Blei belasteten Lebensmitteln.

Ursache dafür ist überwiegend die üblicherweise bei der Jagd verwendete Bleimunition. Das Schwermetall ist giftig und reichert sich im Organismus an.

Mehr unter Pressemitteilung:

http://www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2011/32/bleihaltige_munitionsreste_in_geschossenem_wild_koennen_fuer_bestimmte_verbrauchergruppen_ein_zusaetzliches_gesundheitsrisiko_sein-127254.html

=====

CHEMIKALIEN – CADMIUM

3. 11. 2011

Von latina press

Trotz der katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung kehrt Mexiko sein Cadmium-Problem unter den Teppich. Die Regierung des Landes hat keinen effizienten Plan, um die Verwendung des Schwermetalls bei der Herstellung von Spielzeug und industriellen Produkten wie Batterien und Düngemittel zu reduzieren.

Das lateinamerikanische Land produziert für den Export pro Jahr rund 1.600 Tonnen Dünger, Chemikalien, Kunststoffe und Anti-Rost-Farben, welche das Schwermetall enthalten. Mexiko ist auch ein wichtiger Importeur von Nickel-Cadmium-Akkumulatoren und Cadmium aus Abfällen und Schrott. International ist es zwar verboten, Elektroschrott zu verschiffen. Davon lassen sich skrupellose Händler allerdings nicht aufhalten und schicken den Müll gemeinsam mit noch verwendbaren Artikeln in Containern auf die Reise.

In einer im März veröffentlichten Studie untersuchte das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) umweltverträgliche Bewirtschaftungsmethoden für Produkte mit Quecksilber, Blei und Cadmium in Lateinamerika und der Karibik. Dadurch sollten mögliche Auswirkungen dieser drei Schwermetalle auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt untersucht werden. Nach dem Bericht der UNEP exportierte Mexiko zwischen 2001 und 2009 rund 880.000 Tonnen Cadmium enthaltende Erzeugnisse. Gleichzeitig importierte das Land 1,2 Millionen Tonnen dieser Produkte.

Cadmium gilt als sehr giftig und seine Verbindungen werden von gesundheitsschädlich (wie Cadmiumtellurid) über giftig (z. B. Cadmiumsulfid) bis sehr giftig (Cadmiumoxid) eingestuft; außerdem besteht begründeter Verdacht auf krebsauslösende Wirkung beim Menschen. Cadmium verursacht Nierenschäden, Hypertonie, Herzerkrankungen und Anämie. Gleichzeitig erhöht sich das Risiko für Prostata-, Lungen- und Nierenkrebs.

Wegen der hohen Toxizität von Cadmium ist dessen Bedeutung abnehmend und wird ab Dezember 2011 in Schmuck, Legierungen zum Löten und in PVC in der Europäischen Union verboten.

Mehr unter <http://latina-press.com/news/111640-mexiko-kehrt-cadmium-problem-unter-den-teppich/>

Infos der UNEP zu Cadmium (englisch) :

http://www.unep.org/hazardoussubstances/Portals/9/Lead_Cadmium/docs/Interim_reviews/UNEP_GC26_INF_11_Add_2_Final_UNEP_Cadmium_review_and_appendix_Dec_2010.pdf

=====

CHEMIKALIEN – LÖSUNGSMITTEL TRICHLORETHYLEN – Perchlorethylen

18.11.2011

Ärzte Zeitung:

Parkinson durch Lösungsmittel

Ob Elektriker, Mechaniker oder Reinigungskraft: Mit dem Lösungsmittel Trichlorethylen hatten in der Vergangenheit viele Menschen beruflich zu tun. Das kann Konsequenzen haben: Denn das Lösungsmittel erhöht deutlich das Parkinsonrisiko.

Von Thomas Müller

Möglicherweise lässt sich ein Teil der Parkinsonerkrankungen auf eine Exposition mit Lösungsmitteln zurückführen. So haben US-Forscher aus San Francisco nun in einer Studie Hinweise darauf gefunden, dass Parkinsonkranke vermehrt Kontakt mit dem organischen Lösungsmittel Trichlorethylen hatten. Das organische Lösungsmittel wurde lange Zeit in Klebstoffen, Farben und Reinigungen verwendet, ebenso als Anästhetikum, zur Hautdesinfektion, als Reiniger in der Druckindustrie und zur Entkoffeinierung von Kaffee.

Nachdem man die neurotoxischen und karzinogenen Wirkungen erkannt hatte, wurde die Verbreitung seit den 1970er-Jahren stark eingeschränkt. Allerdings ist die Substanz noch immer als Fettlöser in der metallverarbeiteten Industrie gefragt, wenngleich sie unter besseren Sicherheitsvorkehrungen als noch vor 40 Jahren verwendet wird.

In einer Studie hat ein multinationales Forscherteam um Dr. Samuel Goldman 99 Zwillingspaare untersucht, von denen ein Zwilling jeweils an Parkinson erkrankt war, der andere jedoch nicht (Ann Neurol 2011, online 14. November) ...

Zudem wurden in den Tierstudien mit Trichlorethylen vermehrt parkinsontypische Ablagerungen von Alpha-Synuclein im Gehirn gefunden - dem Protein, das in den Pathomechanismus bei Parkinson involviert ist. Die Autoren der Untersuchung vermuten daher, dass Chlorethylen-Lösungsmittel die neurodegenerative Kaskade triggern oder beschleunigen, die letztlich zu Morbus Parkinson führt.

Pressemitteilung: Ärzte Zeitung Verlags-GmbH http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/neuro-psychiatrische_krankheiten/morbus_parkinson/article/679412/parkinson-durch-loesungsmittel.html

<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/48058/>
und
<http://www.presstext.com/news/20111115007>

Abstract (Englisch) <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/ana.22629/abstract>

Pressemitteilung des Instituts:

http://www.thepi.org/index.php?src=gendocs&ref=Solvent_Exposures_and_Parkinsons_Disease_Risk_in_Twins&category=News_Events

Pressemitteilung des National Institutes of Health:

http://www.ninds.nih.gov/news_and_events/news_articles/solvents_PD_twins.htm

Pressemitteilung des Journals http://www.eurekalert.org/pub_releases/2011-11/w-pdr111011.php

=====

CHEMIKALIEN – PESTIZIDE

05.09.2011

Parkinson durch Pestizide

Pflanzenschutzmittel erneut als Risikofaktor für die Schüttellähmung nachgewiesen

Pestizide stehen seit Langem im Verdacht, die Parkinson-Erkrankung zu begünstigen. Dies wurde jetzt erneut in einem landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebiet in Kalifornien bestätigt, berichtet die "Apotheken Umschau". Wissenschaftler der Universität von Los Angeles fanden dort ein dreifach erhöhtes Risiko für die Schüttellähmung. Es gilt für Menschen, die in der Nähe von Feldern wohnen oder arbeiten, auf denen regelmäßig die Pestizide Ziram, Maneb und Paraquat versprüht werden.

Mehr unter <http://www.presseportal.de/meldung/2106530>

Pressemitteilungen der UCLA:

19.08. 2011

Traumatic brain injury increases risk of Parkinson's disease, UCLA researchers say

Scientists found that brain injuries in rats led to major losses of a specific Parkinson's-related neuron and that exposure to pesticides compounded the effect.

http://newsroom.ucla.edu/portal/ucla/traumatic-brain-injury-a-threat-213647.aspx?link_page_rss=213647

26. 03. 2011

High risk of Parkinson's disease for people exposed to pesticides near workplace

Following up on a 2009 study, UCLA researchers examining residents of California's Central Valley have identified a third pesticide implicated in Parkinson's risk.

<http://newsroom.ucla.edu/portal/ucla/high-risk-of-parkinson-s-disease-204133.aspx>

20. 04. 2009

Pesticide exposure found to increase risk of Parkinson's disease

Scientists know that pesticides can trigger a neurodegenerative process that leads to Parkinson's disease in animal models and cell cultures. Now, researchers at UCLA provide the first evidence for a similar process in humans.

<http://newsroom.ucla.edu/portal/ucla/pesticide-exposure-found-to-increase-89084.aspx>

24.11.2011

**Umweltverbände, Berufsimker und Wasserwirtschaft kündigen ihre Mitarbeit am Pestizid-Aktionsplan der Bundesregierung auf
Neues Pestizidgesetz und Pestizidaktionsplan: Keine Stärkung für den Umwelt- und Verbraucherschutz**

Ein breites Bündnis aus Umweltverbänden, Imkern und der Wasserwirtschaft hat mit sofortiger Wirkung seine Mitarbeit im Forum des Pestizid-Aktionsplans des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) aufgekündigt. Anlass ist die Verabschiedung des Pflanzenschutzgesetzes und des darin verankerten "Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln" (Nationaler Pestizid-Aktionsplan NAP) im Bundesrat. Das Landwirtschaftsministerium orientiere sich beim Aktionsplan an den Interessen der Agrarindustrie und zeige sich immun gegen Vorschläge, die Pestizidbelastungen ernsthaft zu senken. Eine Unterstützung von Seiten der Verbände werde es dafür nicht erhalten.

Zu dem Aktionszusammenschluss gehören: das Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, der Naturschutzbund (NABU), der Berufs und Erwerbsimker Bund (DBIB) sowie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW).

"Für das Bündnis ist nicht ersichtlich, dass das federführende Bundeslandwirtschaftsministerium tatsächlich daran interessiert ist, die Menschen und ihre Umwelt vor den negativen Auswirkungen des Pestizideinsatzes zu schützen und verbindliche Vorgaben, wie die Reduzierung des chemischen Pflanzenschutzes, ernsthaft umzusetzen", so Carina Weber, Geschäftsführerin des Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Aber genau dies wäre dem Bündnis zu Folge notwendig, um die großen, pestizidbedingten Umweltprobleme in der Bundesrepublik zu lösen.

Nach wie vor sind Pestizid-Einträge in die Gewässer und das Grundwasser zu verzeichnen, die als Rohwasserressource für die Trinkwassergewinnung dienen, Imker müssen immer wieder mit ansehen, wie ihre Bienen durch Pestizide, etwa durch Neonikotinoide, geschädigt werden und Verbraucher werden mit dem Problem von Pestizid-Cocktails in vielen Obst- und Gemüsesorten allein gelassen, weil ein Bewertungsschema für Umwelt- und Gesundheitsrisiken fehlt.

Deshalb ziehen PAN Germany, BUND, Greenpeace, NABU, DBIB und BDEW jetzt einen Schlusstrich unter ihre Beteiligung im Forum des Pestizid-Aktionsplans.

Bereits seit 2004 Jahren engagieren sich die Verbände in dem vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) moderierten "Forum Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln", setzen sich für mehr Transparenz im Prozess ein und fordern fundierte Verbesserungen in der inhaltlichen Ausgestaltung. Die Ziele des Aktionsplans sind für die Bundesrepublik verbindlich von Brüssel vorgegeben: Die Auswirkungen der Verwendung von Pestiziden auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt müssen verringert und die Abhängigkeit von Pestiziden in der Landwirtschaft muss reduziert werden.

Diese Presse-Information ist auch als pdf-Datei verfügbar unter:

http://www.pan-germany.org/download/presse/NAP_PI_zum_24_11_final.pdf

Kontakte und Hintergrundinformationen zum Thema

PAN-Germany: <http://www.pan-germany.org/deu/~news-1035.html>

NABU: <http://www.nabu.de/themen/landwirtschaft/pflanzenschutz/>

GREENPEACE: http://www.greenpeace.de/themen/chemie/pestizide_lebensmittel/
BUND:http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/chemie/20100810_chemie_pestizide_bienensterben_hintergrundpapier.pdf
BDEW[http://www.bdew.de/internet.nsf/id/C101E27790A2B346C12578360062DE45/\\$file/110725_BDEW_Stellungnahme_Pflanzenschutzgesetz.pdf](http://www.bdew.de/internet.nsf/id/C101E27790A2B346C12578360062DE45/$file/110725_BDEW_Stellungnahme_Pflanzenschutzgesetz.pdf)
DBIB: www.berufsimker.de

26.10.2011

BUNDESTAG Geteilte Meinung über Neuordnung des Pflanzenschutzrechts

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Anhörung). Die geplante Neuordnung des Pflanzenschutzrechts (17/7317 <http://dip.bundestag.de/btd/17/073/1707317.pdf>) stößt unter Experten auf geteiltes Echo. Acht Sachverständige äußerten sich vor dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in einer öffentlichen Anhörung zur geplanten Anpassung der nationalen Gesetzgebung an mehrere Rechtsakte der Europäischen Union. Die Anpassung betrifft unter anderem die Durchführung verschiedener Zulassungs- und Genehmigungsverfahren für Pflanzenschutzmittel. Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_10/2011_428/05.html

13. 09. 2011

Pestizidindustrie kippt das Ruhen der Zulassung des Unkrautvernichtungsmittels Clomazone. PAN fordert ein endgültiges Verbot.

Nachdem sich Anwohner von landwirtschaftlichen Flächen in Mecklenburg-Vorpommern wegen gesundheitlicher Probleme nach der Anwendung von Pestiziden mit dem Wirkstoff Clomazone beschwert hatten, entschied das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) das Ruhen aller Pestizid-Produkte mit dem Wirkstoff Clomazone. Die Zulassungsinhaber der Pestizide legten jedoch Widerspruch ein und machten damit die Entscheidung des BVL unwirksam, denn der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Damit dürfen die Mittel – trotz der Gesundheitsprobleme der Anrainer der mit Clomazone behandelten Felder - jetzt doch weiter verkauft und angewendet werden.

Pestizide mit dem Wirkstoff Clomazone sind gefährlich. Das ist nicht neu. Schon vor einer Dekade, im September 2001, gab es in Mecklenburg-Vorpommern Gesundheitsbeschwerden und Ernteauffälle durch Pestizide mit dem Wirkstoff Clomazone (damals durch das Handelspräparat Brasan). Die Behörden versuchen seither erfolglos die von Clomazone ausgehenden Gefahren durch Auflagen in den Griff zu bekommen. Ein Verbot erfolgte trotz wiederholter Probleme nicht.

Mehr unter http://www.pan-germany.org/download/presse/PI_110913_Clomazone_F.pdf
Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany) (Pesticide Action Network - Germany)
<http://www.pan-germany.org>

13. 10. 2011

Europas Flüsse enorm Pestizid-belastet Schädigung der Natur durch Chemikalien bisher unterschätzt

Landwirtschaftliche Chemikalien belasten die Flüsse Europas enorm, werden jedoch offiziell noch kaum als ökologisches Problem eingestuft. Das berichten Forscher vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in der Zeitschrift "Science of the Total Environment". Sie untersuchten 500 organische Schadstoffe aus vier Flüssen und teilten sie erstmals systematisch nach Bewertungskriterien und Handlungsbedarf ein. Dabei zeigten sich große Lücken in den bisherigen EU-Empfehlungen für Gewässerschutz.

Die Wasserrahmen-Richtlinie der EU sieht vor, dass alle Oberflächen- und Grundwasser bis 2015 in ökologisch und chemisch gutem Zustand sind. 14 Mio. Chemikalien sind derzeit auf dem Markt, von denen 100.000 im industriellen Maßstab produziert werden. In ihrer Empfehlung an die Mitgliedsländer

listet die EU jedoch nur 33 prioritäre Schadstoffe, die es zu vermeiden gilt. "Man sollte diese Liste auf jeden Fall erweitern. Einerseits brauchen die Länder lokale Listen für ihre jeweiligen Flüsse, andererseits sollte man den Fokus weg von alten Industriechemikalien, auf neue Problembereiter lenken", so Studienleiter Peter von der Ohe im presstext-Interview.

Die UFZ-Forscher werteten dazu eine Datenbank zu Messungen aus vier großen europäischen Flüssen aus. Darunter befanden sich jene zu 500 organischen Schadstoffen in über 750.000 Wasseranalysen der Elbe, der Donau, der belgischen Schelde und des spanischen Llobregat. 38 Prozent der Chemikalien traten in Konzentrationen auf, in denen Wirkungen auf Organismen nicht mehr auszuschließen sind. Übersehene Gefahren "Einige der Stoffe gibt es in allen Flüssen", berichtet von der Ohe. Zwei Drittel der nachgewiesenen Stoffe waren Agrarpestizide, darunter auch das in Deutschland und Österreich verbotene Diazinon. Daneben fanden sie die Weichmacher Diethylhexylphthalat (DEHP) und Bisphenol A (BPA), die Schmerzmittel-Inhaltsstoffe Diclofenac und Ibuprofen oder das in Desinfektionsmitteln, Seifen und Zahnpasta gebräuchliche Bakterien-Biozid Triclosan.

Als bedenklich sehen die Forscher auch die Werte des als Pilzmittel erlaubten Terbuthylazin, welches zweien der prioritär gelisteten Stoffe strukturell sehr ähnlich ist. "Das zeigt, dass kleine Änderungen in der chemischen Struktur zur scheinbaren Verbesserung des chemischen Zustandes führen, ohne dass die Gefährdung für das Ökosystem tatsächlich abnimmt", so der Experte. Die Liste der prioritären Stoffe sollte deshalb regelmäßig überarbeitet und neben dem Vorkommen auch die Wirkung chemischer Stoffe überprüft werden.

Drei Faktoren gelten als wichtigste ökologische Stressoren für Gewässer: Die Flussverbauung wie etwa durch Dämme, Nährstoffe wie Stickstoff und Phosphor sowie die organische Belastung. Darüber hinaus spielen aber auch diverse Chemikalien eine wichtige Rolle, so die von der Ohe. "Als Gegenwirken ist ein Kläranlagen-Ausbau, der Ersatz von Problemstoffen wie etwa Weichmacher durch harmlosere Alternativen sowie Maßnahmen im Ackerbau wie etwa besseres Einhalten von Randstreifen zu Gewässern beim Düngen und Spritzen möglich." Zumindest bei bis zu einem Zehntel ihrer Wasserkörper könnten die Länder bis 2015 die EU-Vorgabe erreichen, glaubt der Experte.

Presstext: <http://www.presstext.com/news/20111014010> und <http://www.ufz.de/index.php?de=22196>

Publikation:

Von der Ohe PC, Dulio V, De Deckere E, Slobodnik J, Kühne R, Ebert R-U, Schüürmann G, Brack W 2011. A new risk assessment approach for the prioritization of 500 classical and emerging organic microcontaminants as potential river basin specific pollutants under the European Water Framework Directive. Sci. Total Environ. 409: 2064-2077

<http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0048969711001136>

=====

CHEMIKALIEN – PERFLUORIERTE TENSIDE

Von UMR GmbH

Perfluorierte Tenside – keine rechtsverbindlichen Grenzwerte für Abwasser und Klärschlamm, Energie & Umwelt

Schon 2006 war eine potenzielle Gefährdung der Bevölkerung durch Perfluorierte Tenside (PFT) Thema in Medien und Politik. Anlass waren erhöhte Konzentrationen von PFT, die in Möhne und Ruhr und im Trinkwasser ihrer Einzugsgebiete in Nordrhein-Westfalen nachgewiesen wurden. Quelle der Belastungen waren verunreinigte Klärschlämme, die landwirtschaftlich ausgebracht wurden. Zur Ermittlung der Belastungssituation werden seit 2006 in allen Bundesländern Untersuchungen von Gewässern, Abwasser und Klärschlämmen vorgenommen. Dennoch gibt es aktuell keine bundesweite Verordnung, welche die maximale Konzentration der PFT in diesen Medien regelt. Auch die zum 1.11.2011 überarbeitete Trinkwasserverordnung regelt nicht zu PFT. Die Festsetzung von Grenzwerten erfolgt somit zu Lasten der auf Rechtsicherheit angewiesenen Unternehmen in Bundesländern und Kommunen individuell.

Mehr in der Pressemitteilung: <http://www.umar-gmbh.com/umar/news/newsdetail/article/perfluorierte-tenside.html>

=====

CHEMIAKLIEN - PLASTIK

24. 10. 2011

Waschmaschinen setzen Plastikpartikel frei - Verunreinigung mit 2.000 Fasern pro Kleidungsstück und Wäsche

Haushalts-Waschmaschinen gehören zu den wichtigsten Verschmutzern der Meere mit kleinen Plastikpartikeln. Sie setzen winzige Fasern aus Polyester und Acryl frei, kleiner als ein Stecknadelkopf, die an den Küsten angeschwemmt werden und für die Gesundheit und Sicherheit ein ernstes Problem darstellen. Das berichten Ökologen um Mark Browne vom University College Dublin in der Zeitschrift "Environmental Science & Technology".

Immer deutlicher stellt sich der Plastikabfall als ernste Gefahr für die Meere heraus. Aufgrund der synthetischen Polymerstruktur bleibt Plastikmüll mit seinen potenziell schädlichen Inhaltsstoffen bis zu Jahrzehnte erhalten (<http://presstext.com/news/20100823027>). Je kleiner die Teilchen, desto leichter gelangen sie in den Körper von Tieren, lagern sich dort ab und können über die Nahrungskette auch vom Menschen aufgenommen werden.

Nun analysierten die irischen Forscher die Verschmutzung von 18 Küsten aus allen Erdteilen, um die Größe und Herkunft des Mikroplastik-Problems zu überprüfen. Je dichter die Strände besiedelt waren, desto höher war die Partikelzahl. Als wahrscheinlichste Quelle bezeichnen die Experten das Abflusswasser von Waschmaschinen. Die Fasern, die beim Waschen freigesetzt werden, entsprechen in ihrer Form genau jenen, die auch an den Küsten zu finden sind. Pro Waschvorgang und Kleidungsstück werden über zu 1.900 dieser Fasern ausgespült.

Das Plastikpartikel-Problem wird in Zukunft noch zunehmen, so die Prognose der Forscher. Entgegensteuern könne man ihm am besten, wenn in der Gestaltung von Kleidung und auch von Waschmaschinen stärker darauf geachtet wird, dass beim Reinigen möglichst wenige Fasern in den Abfluss gelangen. Zudem gelte es auch, Methoden zu entwickeln, die Mikroplastik aus dem Abwasser filtern können.

<http://www.presstext.com/news/20111024001>

Originalpressemittelung (englisch) :

<http://www.ucd.ie/news/2011/10OCT11/241011-Washing-machines-deposit-microplastic-around-worlds-shorelines.html>

Scientific article: "Accumulation of Microplastic on Shorelines Worldwide: Sources and Sinks" was published in the US journal Environmental Science and Technology.

=====

CHEMIKALIEN – QUECKSILBER

12. 09. 2011

Im Bundestag notiert: Gesundheitsbelastungen durch Energiesparlampen

Veranlasst durch Presseberichte über mögliche Gesundheitsbelastungen durch Energiesparlampen stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Kleine Anfrage (17/6882

<http://dip.bundestag.de/btd/17/068/1706882.pdf>) an die Bundesregierung. Die Fraktion will unter

anderem wissen, welche Gesundheitsrisiken aus Regierungssicht mit dem Einsatz von Energiesparlampen verbunden sind und ob das Verbot konventioneller Glühbirnen infrage zu stellen ist.

Nach Fraktionsangaben fordern einzelne Abgeordnete aus EU-Parlament und Bundestag, den EU-Beschluss des Verbots konventioneller Glühbirnen zu überdenken.

=====

CHEMIKALIEN – URAN – TRINKWASSERVERORDNUNG – GESETZ

1. 11. 2011

Änderung der Trinkwasserverordnung tritt in Kraft

Am 1. November 2011 tritt die Erste Verordnung zur Änderung der Trinkwasserverordnung (TrinkwV) in Kraft. Diese ist am 3. Mai 2011 von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr unterzeichnet und am 11. Mai 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Mit der Trinkwasserverordnung wird die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch geregelt. Die Änderungen der seit 2001 geltenden Trinkwasserverordnung berücksichtigen neue wissenschaftliche Erkenntnisse in den Bereichen Trinkwasserhygiene und Verbraucherschutz. So werden zum Beispiel ein Grenzwert für Uran im Trinkwasser und ein technischer Maßnahmenwert für die Legionellenkonzentration in Trinkwasser-Installationen festgelegt. Erstmals gibt es in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union einen Grenzwert für das natürlich vorkommende Schwermetall Uran im Trinkwasser. Mit 0,010 Milligramm (= 10 Mikrogramm) Uran pro Liter ist er aktuell der weltweit niedrigste Grenzwert und bietet allen Bevölkerungsgruppen – Säuglinge eingeschlossen – lebenslang gesundheitliche Sicherheit vor einer möglichen stofflichen Giftwirkung. Die Strahlungsaktivität von Uran spielt in diesem niedrigen Konzentrationsbereich keine Rolle.

Mehr unter: <http://www.bmg.bund.de/ministerium/presse/pressemitteilungen/2011-04/trinkwasserverordnung-tritt-in-kraft.html>

Text der geänderten Trinkwasserverordnung: http://www.gesetze-im-internet.de/trinkwv_2001/BJNR095910001.html

=====

SCHIMMEL

Vom dbu (deutscher Berufsverband der umweltmediziner e.V., www.dbu-online.de) in der Zeitschrift umwelt·medizin·gesellschaft | 24 | 4/2011

Verschimmelt unsere Republik? Vom Wandel unserer Wohnungen vom atmenden Lebensraum zur Thermoskanne

Der dbu organisiert im Verbund mit der European Academy for Environmental Medicine (EUROPAEM) ein Symposium „Schimmelpilzbelastung, Theorie, Diagnostik, Therapie“.

Wir kennen sie alle, die Patientinnen und Patienten, die unsere Geduld in der Sprechstunde aufs Ärgste strapazieren mit ihren ständig wiederkehrenden Infekten, ihren ständigen Befindlichkeitsstörungen, ihrer latenten Burnoutsymptomatik und diversen unspezifischen Symptomen scheinbar ohne pathophysiologisches Korrelat. Sie passen in keine diagnostische Schublade und klassische therapeutische Ansätze mit Entzündungshemmern, Antibiotika etc. bringen nur kurzfristige Erfolge oder gar therapeutische Verschlechterungen. Schnell sind wir als Therapeuten dann auch der Gefahr ausgesetzt, den Patienten zu psychosomatisieren / psychiatrisieren oder ins Überweisungskarussell zu schicken.

Mehr unter: http://www.umg-verlag.de/umwelt-medizin-gesellschaft/411_dbu.pdf und www.dbu-online.de

=====

NANOTECHNOLOGIE

13. 11. 2011

Gehemmtes Algenwachstum - Nano-Müll stört Leben im Wasser

Von Kurt F. de Swaaf

Klein, aber oho! Die Industrie schwört auf Nanopartikel als neuen Wunder-Werkstoff. Doch Umweltexperten warnen jetzt vor den Gefahren: Forscher haben gezeigt, dass die Kleinstteilchen das Wachstum von Algen hemmen - und die bilden die Basis für fast alles Leben im Wasser.

Mehr unter <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,797102,00.html>

Hintergrundinfos:

CNT hemmen Grünalgen-Wachstum: Fachartikel von Schwab et al.

<http://pubs.acs.org/doi/abs/10.1021/es200506b>

Toxizität von Nanopartikeln für Blaualgen: Fachartikel von Wang et al.

<http://pubs.acs.org/doi/abs/10.1021/es2010573>

UBA-Hintergrundpapier: "Nanotechnik für Mensch und Umwelt"

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3765.pdf>

19.09.2011

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin:

Bedeutung von In-vitro-Methoden zur Beurteilung der chronischen Toxizität und Karzinogenität von Nanomaterialien, Feinstäuben und Fasern

Der Schwerpunkt der durchgeführten Literaturlauswertungen lag auf der Analyse der Aussagekraft von In-vitro-Gentoxizitätstests in Relation zur Karzinogenität atembarer faserförmiger und granulärer Stäube gemäß Epidemiologie und Langzeit-Tierversuchen. Zur Interpretation der Befunde waren auch einige sonstige Daten zur Toxizität der Stoffe zu berücksichtigen. Die Auswertung der In-vivo-Daten legte es nahe, die Stäube in drei Potenzklassen der karzinogenen Wirkungsstärke einzuteilen. ...

M. Roller: Bedeutung von In-vitro-Methoden zur Beurteilung der chronischen Toxizität und Karzinogenität von Nanomaterialien, Feinstäuben und Fasern. 1. Auflage. Dortmund: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2011. 364 Seiten, Projektnummer: F 2043, PDF-Datei

Link zum Volltext (PDF-Datei, 2 MB)

http://www.baua.de/de/Publikationen/Fachbeitraege/F2043.pdf?__blob=publicationFile&v=6

18. 11. 2011

Ahrtalgespräch 2011: Chancen und Risiken der Nanomedizin

Katharina Mader

Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen Bad Das diesjährige Ahrtalgespräch beschäftigte sich mit den Chancen und Risiken der „Nanomedizin“ und der Frage, welche neuen Entwicklungen die Nanotechnologie bereit hält, um den medizinischen Fortschritt voranzubringen.

Mehr unter <http://www.idwf.eu/de/news451797>

Weitere Infos siehe Seite 25 unter ZEITSCHRIFTEN „umg“, Schwerpunkt Nanotechnologie

15. 12. 2011

Bundestag: SPD fordert die Einrichtung eines Nanoproduktregisters

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz/Antrag

Berlin: (hib/EIS) Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (17/8158) dazu auf, dem Thema Sicherheit im Bereich der Nanotechnologie höchste Priorität beizumessen. Darüber hinaus soll unter anderem im Ministerrat der EU die sofortige Einrichtung eines Nanoproduktregisters gefordert werden. Des Weiteren drängen die Sozialdemokraten auf die Umsetzung eines bereits verabschiedeten Antrages (16/12695 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/126/1612695.pdf>), der ebenfalls die Verbesserung der Sicherheitsforschung zum Ziel hat.

*

5. 10. 2011

Bundestag: Nanotechnologie in der Diskussion

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Anhörung)

Chancen und Risiken der Nanotechnologie lotete der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in einer öffentlicher Anhörung im Deutschen Bundestag aus. Sieben Sachverständige erläuterten ihre Standpunkte zum Thema „Verbraucheraspekte beim Umgang mit der Nanotechnologie“.

Die Verbraucher nur unzureichend geschützt sah Monika Bünig von der Verbraucherzentrale Bundesverband: „Das ist ein Problem, weil das Recht auf Wahlfreiheit durch fehlende Kennzeichnung nicht gewährleistet wird.“ ...

Mehr unter http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_10/2011_422/01.html

Vorsorgestrategien für Nanomaterialien - Sondergutachten beleuchtet Chancen und Risiken

Sondergutachten:

http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2011_09_SG_Vorsorgestrategien_Nanomaterialien_KurzfassungEntscheid.pdf;jsessionid=B4890A8CE883B4662452A4A6CE33BAA8.1_cid135?__blob=publicationFile

Kurzfassung für Entscheidungsträger:

http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2011_09_SG_Vorsorgestrategien_Nanomaterialien_KurzfassungEntscheid.html

*

Dazu Stellungnahmen der Industrie:

VCI zum Gutachten vom Sachverständigenrat für Umweltfragen Nanomaterialien sind keine Gefahr für Mensch und Umwelt

(ots) - Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat ein umfassendes Sondergutachten zu Vorsorgestrategien für Nanomaterialien vorgelegt. "Aus den 600 Seiten wird deutlich, dass ein pauschales Urteil über die Risiken von Nanomaterialien nicht möglich ist. Außerdem geht aus dem Gutachten hervor, dass es keine wissenschaftlichen Erkenntnisse oder Nachweise dafür gibt, Nanomaterialien würden - so wie man sie heute herstellt und verwendet - zu Schädigungen von Umwelt und Gesundheit führen", erklärte Dr. Gerd Romanowski, Geschäftsführer Wissenschaft, Technik und Umwelt im Verband der Chemischen Industrie (VCI).

Auf Unverständnis stößt beim VCI deshalb, dass der Sachverständigenrat trotzdem Anlass für eine "abstrakte Besorgnis" sieht. Das Sondergutachten enthält zahlreiche Vorschläge zur Anpassung und Verschärfung gesetzlicher Vorschriften, zum Beispiel im Chemikalien- und Umweltrecht. "Diese Vorschläge halten wir angesichts der vorhandenen Datenlage für überzogen. Sie würden die Innovationspotenziale, die die Nanotechnologie bietet, zudem unnötig beeinträchtigen", kritisierte Romanowski. Die Forderung des SRU zur Schaffung von mehr Transparenz über kommerziell verwendete Nanomaterialien und über verbrauchernahe Produkte, die Nanomaterialien enthalten, wird vom VCI grundsätzlich unterstützt. Aus Sicht des VCI lässt sich mehr Transparenz in den Anwendungsgebieten und Produktbereichen, in denen dies sinnvoll erscheint, mit bereits existierenden Mechanismen und Instrumenten herstellen.

Die Forderung des SRU nach Einführung einer generellen Meldepflicht und eines sektorenübergreifenden generellen Nanoprodukt-Registers sowie einer Kennzeichnungspflicht für Nanoprodukte lehnt der VCI jedoch ab: "Ein solches Register würde nur zu unnötiger Doppelregulierung und zu erheblichen Überschneidungen mit bestehenden Informations- und Kennzeichnungspflichten führen", erläutert Romanowski. Schließlich gebe es bereits Datenbanken für chemische Stoffe, zu denen auch Nanomaterialien gehören, bei der europäischen Chemikalienagentur ECHA. Und speziell für Kosmetik, Biozide und im Lebensmittelbereich existierten schon Produktregister. "Eine generelle Kennzeichnungspflicht von Nanoprodukten würde von den Verbrauchern als Warnhinweis verstanden, obwohl die sogenannte Nanoskaligkeit als solche keine gefährliche Eigenschaft ist", so der VCI-Geschäftsführer. Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.650 deutschen Chemieunternehmen und

deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2010 über 171 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 415.000 Mitarbeiter.

Quelle: <https://www.vci.de/Presse/Pressemitteilungen/Seiten/Nanomaterialien-sind-keine-Gefahr-fuer-Mensch-und-Umwelt.aspx>

und

31.10.2011

Zwischenbilanz: 10 Jahre Sicherheitsforschung an Nanomaterialien – Keine außergewöhnlichen Nano-Risiken bekannt

Eine Zwischenbilanz über "10 Jahre Forschung zur Risikobewertung, Human- und Ökotoxikologie von Nanomaterialien" hat der DECHEMA-/VCI-Arbeitskreis "Responsible Production and Use of Nanomaterials" vorgelegt. Experten aus Industrie und Forschungseinrichtungen haben auf 60 Seiten den gegenwärtigen Stand der Sicherheitsforschung zusammengestellt und liefern eine Übersicht über die nationalen und europäischen Projekte zur Toxizität verschiedenster Nanomaterialien für Mensch und Umwelt. Gegenwärtig sind demnach keine außergewöhnlichen Risiken bekannt. Die Forscher weisen besonders darauf hin, dass die Größenbezeichnung "Nano" nicht unmittelbar Rückschluss auf ein Gefährdungspotential erlaubt. Vielmehr hängen die Wirkungen von Nanomaterialien auch von anderen Faktoren ab; zum Beispiel der Art des Materials. Neu entwickelte Nanomaterialien müssen, wie jedes andere neue Produkt einer Risikobewertung unterzogen werden. Die Wissenschaftler mahnen deshalb eine ausreichende Ausstattung der Toxikologie in Forschung und Ausbildung an, um weiterhin eine qualitativ hochwertige und an internationalen Forschungsstandards orientierte begleitende Sicherheitsforschung zu ermöglichen.

Statuspapier "10 Jahre Forschung zur Risikobewertung, Human- und Ökotoxikologie von Nanomaterialien"

Quelle:

http://www.dechema.de/Presse/Pressemitteilungen/55_2011+Nanomaterialien.html?highlight=Keine+außergewöhnlichen+Nano-Risiken+bekannt

DECHEMA e.V. <http://www.dechema.de/>

*

Anmerkung Scherrmann:

Ich habe diese beiden Pressemitteilungen der Industrie hier aufgenommen, weil sich die unterschiedliche Sicht und Argumentationskette hier – mal wieder – exemplarisch aufzeigen lässt.

Es ist nicht einfach, sich eine differenzierte Meinung bzgl. moderner Technologien zu erarbeiten.

Grundlage für eine Meinungsbildung sollten meines Erachtens Stellungnahmen von weitgehend unabhängigen Wissenschaftlern und Journalisten sein.

Im Bereich Nanotechnologie zeigt sich - wie in den Bereichen Chemikalien, Agro-Gentechnik, Elektromagnetische Belastungen und Radioaktivität - dass die Hersteller die Risiken IMMER verharmlosen. Sie wollen nun mal ihre Produkte verkaufen.

Wenn, wie bei der dechema nachlesbar unter http://www.dechema.de/de_vorstand-path-123219,216,185.html im Vorstand Vertreter grosser Konzerne wie BASF, BAYER, LINDE sitzen, müsste doch eigentlich jedem Journalisten und auch jedem Verbraucher klar sein, dass die Industrie „Risiken“ anders definiert als der Verbraucher.

=====

AGRO-GENTECHNIK

21. 11. 2011

Von Testbiotech:

Wieviel Insektengift steckt im "Gen-Mais"? / Aktuelle Publikation zeigt Lücken in der Risikobewertung

Eine aktuelle Publikation eines internationalen Forschungsteams belegt Mängel bei der Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen. In der Untersuchung geht es um Messmethoden bei sogenannten Bt-Pflanzen. Diese produzieren ein Gift (das Bt-Toxin), das gegen Schadinsekten wirken soll und ursprünglich vom Bodenbakterium *Bacillus thuringiensis* stammt. Auch der gentechnisch veränderte Mais MON810, der in einigen Ländern der EU angebaut wird, ist eine Bt-Pflanze. Weitere sind in der EU für den Import und die Verwendung in Lebens- und Futtermitteln zugelassen. Vier Labore haben jetzt erstmals gemeinsam die Methoden zur Messung des Giftgehaltes miteinander verglichen. Das Ergebnis zeigt, dass die Daten, die bisher zur Risikobewertung vorgelegt wurden, nicht verlässlich reproduzierbar und vergleichbar sind, weil sie nicht nach festgelegten Standards erhoben wurden.

Die Kenntnis des tatsächlichen Gehalts an Insektengift in den Pflanzen ist sowohl für die Risikobewertung als auch für die Vorbeugung von Resistenzen bei Schädlingen wesentlich. Ohne entsprechende Daten kann die Sicherheit der Pflanzen nicht beurteilt werden.

András Székács vom Institut für Pflanzenschutz der Ungarischen Akademie der Wissenschaften fasst zusammen: "Unsere Untersuchungen zeigen die Notwendigkeit für die Festlegung von standardisierten Messprotokollen. Sie machen aber auch deutlich, dass die Verlässlichkeit der bisher vorgelegten Daten hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit und Reproduzierbarkeit gering ist. Einzelne Messungen können nicht als belastbare Daten akzeptiert werden, wenn diese nicht von anderen Labors überprüft werden. Besonders deutlich wird das Problem bei der Bestimmung der Bt-Konzentration im Pollen des MON810-Mais, hier gibt es nur ganz wenige Untersuchungen."

Pressemitteilung: <http://www.presseportal.de/meldung/2151389>

link zur aktuellen Publikation: <http://dx.doi.org/10.1080/09540105.2011.604773>

Link zur vollständigen Meldung bei Testbiotech: www.testbiotech.org

28. 10. 2011

Vom Umweltinstitut München:

Genlobby-Interessen wichtiger als Verbraucherville

Den Agro-Konzernen gehen schon lange die Argumente aus: Gentechnik ist riskant und nicht kontrollierbar. Dennoch will die Bundesregierung Gentechnik in Europa um jeden Preis durchsetzen, obwohl außer den Konzernen niemand einen Vorteil davon hat.

Doch die deutschen und europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher lassen sich nicht einwickeln und halten an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Agro-Gentechnik fest – zu Recht! In den nächsten Monaten werden voraussichtlich einige wichtige Entscheidungen gefällt: Die Wiedezulassung vom Gen-Mais MON810, die europäische Zulassungsbehörde EFSA ebnet dafür derzeit den Weg. Bei der Umsetzung des ‚Honig-Urteils‘ in das deutsche Gentechnikgesetz sind noch viele Fragen offen. Und Deutschland will nationale Verbote für den Anbau von Gempflanzen verhindern.

Mehr unter

<http://umweltinstitut.org/gentechnik/allgemeines-gentechnik/allgemeines-gentechnik-174.html>

November 2011

Vom Informationsdienst Gentechnik:

1. Tomaten-Patent in die höchste Instanz

Das Europäische Patentamt (EPA) hat gestern entschieden, das Tomaten-Patent der Großen Beschwerdekammer zur Entscheidung vorzulegen. Damit muss die höchste Instanz des EPA darüber entscheiden, ob Pflanzen und Tiere patentiert werden dürfen.

Mehr unter

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=1

2. Weltweiter Widerstand gegen Agro-Gentechnik

20 Umwelt- und Konsumentenschutzorganisationen aus Asien, Afrika, Amerika, Australien und Europa

haben eine gemeinsame Studie veröffentlicht, in der die falschen Versprechungen der Agro-Gentechnik-Industrie und die dazugehörigen Fehlentwicklungen aufgezeigt werden.

Mehr unter

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=2

3. Zahl der gentechnisch veränderten Versuchstiere steigt

Die Zahl der Tierversuche ist im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahr erneut um 2,5% gestiegen. Dabei spielt auch die Gentechnik eine immer größere Rolle.

Mehr unter

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=3

4. EuGH-Urteil betrifft 5 Prozent des Honigs

Laut Angaben des Honig-Verbandes, Vertreter der wichtigsten deutschsprachigen Importeure und Abfüller, sind etwa 5 Prozent der Ware vom jüngsten EuGH-Urteil zum Honig betroffen.

Mehr unter

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=4

5. Reinhaltung von Rapssaatgut kein Problem

Nach den vorliegenden Ergebnissen der Bundesländer sind im Herbst 2011 keine Verunreinigungen durch Gentechnik beim Rapssaatgut in Deutschland nachgewiesen worden. Dies ist eine Bestätigung für die Machbarkeit der Reinhaltung des Saatgutes.

Mehr unter

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=5

6. BASF plant Gentech-Pommes

Die BASF hat die Zulassung einer neuen gentechnisch veränderten Kartoffel beantragt. Die Kartoffel ist laut BASF gegen die Kraut- und Knollenfäule resistent und soll in der EU zum Anbau sowie als Lebens- und Futtermittel zugelassen werden.

Mehr unter

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=6

7. EU-Lebensmittelbehörde sieht kein Problem bei Gentech-Pollen

Die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) bewertet den Pollen des gentechnisch veränderten Mais MON 810 als sicher. Sowohl als Zutat in Honig als auch pur eingenommen soll der Pollen genauso sicher sein wie Pollen von konventionellem Mais.

Mehr unter

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=7

*

Interview:

Christoph Then vom Verein Testbiotech verfasste jüngst eine Studie, die das EU-Zulassungssystem heftig kritisiert. Im Interview mit dem Infodienst erklärt er, wie eine Risikoforschung seiner Meinung nach aussehen müsste.

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=8

Video-Tipp

Beitrag bei "Kontraste": **Verbraucher ohne Schutz? Umstrittene EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit.**

ARD-Mediathek

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=9

Dossiers mit Hintergrundinfos zu den neuesten Nachrichten:

Patente:

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=11

EFSA

http://www.keine-gentechnik.de/index.php?id=2800&rid=t_44488&mid=85&aC=ed795bdb&jumpurl=12

2. 9. 2011

Von Testbiotech e. V. :

Industrie und Europäische Lebensmittelbehörde EFSA untergraben Risikoabschätzung beim gentechnisch veränderten Mais SmartStax

Autoren: Christoph Then, Andreas Bauer-Panskus (Juni 2011)

Testbiotech hat Untersuchungsberichte veröffentlicht, die von den US-Konzernen Monsanto und Dow bei der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA eingereicht worden waren. Die Studien waren Testbiotech Anfang 2011 zugespielt worden. Die Unterlagen beziehen sich auf den so genannten SmartStax-Mais, der sechs verschiedene Insektengifte produziert und resistent gegenüber zwei Unkrautvernichtungsmitteln ist. Laut EFSA-Stellungnahme birgt SmartStax-Mais keine Risiken für Mensch und Tier. Die Analyse von Testbiotech zeigt dagegen, dass die Industriestudien für die Risikobewertung nicht geeignet sind.

Mehr unter <http://www.testbiotech.de/node/514>

Einwendung zu Freisetzungsvorhaben mit transgenem Weizen

Katrin Brockmann, Andreas Bauer-Panskus (Januar 2011)

In den Jahren 2011 bis 2013 soll an zwei Standorten in Deutschland transgener Weizen freigesetzt werden. In einer Stellungnahme zum (inzwischen genehmigten) Antrag der Universität Rostock waren zuvor gravierende Mängel aufgedeckt worden. Zentraler Kritikpunkt: Bei einem Großteil der sicherheitsrelevanten Teile des Antrags handelt es sich um die - nicht als solche gekennzeichnete - Kopie eines Gesuchs, das die ETH Zürich schon einmal zehn Jahre zuvor in der Schweiz gestellt hatte. Gesetzlich vorgeschrieben wäre dagegen eine Risikobewertung, die dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Hier finden Sie alle relevanten Dokumente zum Versuch der Universität Rostock. Mehr unter

<http://epi-gen.de/themen/gentechnikrecht/einwendung-gegen-freisetzung-von-gentechnisch-veraendertem-weizen>

Einwendung zu Freisetzungsvorhaben mit transgenen Zuckerrüben

Katrin Brockmann, Andreas Bauer-Panskus, Dr. Martha Mertens, Siegrid

Herbst (Februar 2011)

Der Monsanto-Konzern hat einen Antrag zur Freisetzung von transgenen Zuckerrüben gestellt, die gegen das Totalherbizid Roundup resistent gemacht wurden. In einer kritischen Stellungnahme zu dem (inzwischen genehmigten) Antrag wird unter anderem die Antragstellung nach dem so genannten vereinfachten Verfahren kritisiert. Zudem werden veraltete Daten, große Lücken in der Risikobewertung sowie unzureichende Maßnahmen gegen die Verbreitung der transgenen Pflanzen bemängelt.

Mehr unter <http://epi-gen.de/publikationen>

Website: www.epi-gen.de

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

29.12.2011

Von der Bürgerwelle Bürgerwelle - Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog e.V.

Studie über die Anzahl der Neuerkrankungen verschiedener Krebsarten in Australien

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/3520/>

Von Diagnose-Funk

November 2011:

Inhalt der aktuellen Ausgabe:

- Neueste Forschungsergebnisse bestätigen: Schulen sollten statt WLAN-Netze kabelgebundene Alternativen installieren!
- Kinder, Handystrahlung und die Verharmlosung der Risiken
- Tetra - Widerstand in Bayern wächst
- Die Europäische Umweltagentur greift in die Diskussion zu „Handy und Krebsgefahr“ ein und mahnt zur Vorsorgepolitik
- Antworten auf die Anfrage der GRÜNEN im Landtag Baden-Württemberg zu WLAN und Elektrosensibilität
- 14.000 Unterschriften gegen Lobby-Veranstaltung der EU in Brüssel
- Das IZMF wird Mitglied der Expertengruppe EMF der Europäischen Kommission
- "Hirntumore sind wissenschaftlich definitiv erwiesen."
- Smart Grid: Funkende Zähler müssen nicht sein
- Vernetzung des Autoverkehrs durch WLAN und LTE
- Straßensicherheitsprojekte auf WLAN-Basis
- Prof. W. Thiede: Handys und Kinder
- Alle Jahre wieder: Die Presse lässt sich im Vorweihnachtsgeschäft für Entwarnungsmeldungen instrumentalisieren
- ECOLOG Institut beurteilt Studienlage zu EMF und Spermien
- LTE-Ausbau
- Vogtland: DSL per Festnetz statt mit Funklösung
- Glasfaser: Ein Dorf baggert selbst
- Landesregierung Baden-Württemberg erhöht Fördergelder für Breitbandanschlüsse
- Der Artikel: Haben Sie heute schon mit Ihrem Kind gepochelt?

Die Umwelt- und Verbraucherorganisation Diagnose-Funk ist eine internationale, interdisziplinäre und überparteiliche Umwelt- und Verbraucherorganisation, die sich für den Schutz vor elektromagnetischen Feldern und Strahlung einsetzt. Das Ziel von Diagnose-Funk ist es, über die gesundheits- und umweltschädigenden Wirkungen elektromagnetischer Felder verschiedenster Quellen unabhängig von Industrie und Politik aufzuklären, dadurch Verhaltensweisen von Verbrauchern und Politik zu ändern und Lösungen für zukunftsfähige und umweltverträgliche Technologien durchzusetzen.

<http://www.diagnose-funk.org>

Inhalt der Oktober - Ausgabe:

- Französische Gewerkschaften lehnen WLAN-Installation an der Nationalbibliothek ab
- TETRA-Ausbau in Bayern jetzt auch von Behörden in Frage gestellt
- Einstieg in das Thema Handys und Mobilfunk
- Bürgerinitiativen und Diagnose-Funk fordern funkfremde Zone im Biosphärenreservat Rhön
- Blaulichtfunk: Kärnten will Technik nicht einführen
- Bayrisches Staatsministerium kontert mit aggressiver Taktik auf die Argumente der Bürgerinitiativen und von Diagnose-Funk
- Stadt Erkrath beschließt Mobilfunkvorsorgekonzept
- Bundesamt für Strahlenschutz (D): Bestimmung der Exposition der allgemeinen Bevölkerung durch neue Mobilfunktechniken
- Wirkungen eines 900 MHz elektromagnetischen Felds auf die oxidativen Stress-Parameter in lymphoiden Organen, Granulozyten und im Plasma der Ratte.
- 2,45 GHz (CW) Mikrowellen-Befeldung verändert die zirkadiane Organisation, das räumliche Gedächtnis, die DNA-Struktur in den Gehirnzellen und Blutzellen-Zählungen von männlichen Mäusen, *Mus musculus*.
- Die Wirkungen einzelner und wiederholter Exposition bei 2,45 GHz hochfrequenten Feldern auf die Fos-Protein-Expression in dem paraventriculären Nucleus des Ratten-Hypothalamus.
- Bioassay zur Abschätzung von Zell-Stress in der Nähe von Hochfrequenz-sendenden Antennen.
- Handyantenne stört Glukosestoffwechsel im Hirn
- Belo Horizonte - Studie als Volltext im Netz
- Mütterliche Exposition bei Magnetfeldern während der Schwangerschaft in Bezug auf das Risiko von Asthma bei den Nachkommen
- 'Wi-fi refuges' shelter in West Virginia mountains

- Elektrosensibilität Grund für Invalidität
- Herreenausstatter wollen vor Handystrahlung schützen
- Glühbirne - Alternativen
- Offenes Glasfasernetz im Berliner Bezirk Neukölln
- Grüne wollen Glasfaser: Universaldienst mit 6 MBit/s für alle
- Strahlenschutz im Widerspruch zur Wissenschaft
- Handystrahlung: Angebliche Datenfälschung in einer Doktorarbeit an der Charité Berlin
- EMF-Monitor: Prof. Alexander Lerchls Qualifikation ist „peinlich“
- Brennpunkt: Kinder, Jugendliche, Handystrahlung und die Verharmlosung der Risiken
- Neuer Flyer zur Gefährdung von Kindern

27. 10. 2011

Handys und Krebsgefahr Die Europäische Umweltagentur greift in die Diskussion ein und mahnt zur Vorsorgepolitik

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlichte im Mai 2011 ihre Einschätzung, die nichtionisierende Strahlung von Handys und anderer Mobilfunkanwendungen sei möglicherweise krebserregend. Dadurch wurde weltweit eine heftige Debatte ausgelöst. Die Europäische Umweltagentur (EUA) nimmt nun dazu Stellung. In ihrer Erklärung vom 12.10.2011 wendet sie sich vor allem an die Entscheidungsträger in der Politik. Sie fordert sie auf, das Vorsorgeprinzip anzuwenden. Das Papier der EUA ist geprägt von der Beobachtung, dass die Industrie zunehmend versucht, die WHO-Entscheidung zu verwässern oder rückgängig zu machen. Diese Entwicklung beobachtet auch Diagnose-Funk. In den letzten 3 Monaten erschienen Gefälligkeitsgutachten, deren Botschaft „Handys sind ungefährlich!“ durch die PR-Arbeit der Mobilfunkindustrie in der gesamten Weltpresse Eingang fand. Forschungsergebnisse, die auf die Gesundheitsschädlichkeit hinweisen, finden dagegen keine mediale Beachtung. David Gee, Senior Chef der EUA für Wissenschaft, Politik und Risikoabschätzung, erklärt zur Krebsgefahr durch Handys: „Obwohl unser Wissen darüber bislang noch unvollständig ist, bedeutete dies im umgekehrten Falle jedoch nicht, dass sich die politisch Verantwortlichen davon abhalten lassen dürfen, hierfür geeignete Präventionsmaßnahmen zu ergreifen.“ Peter Hensinger, Pressesprecher der Umwelt- und Verbraucherorganisation Diagnose-Funk, teilt die Ansichten der EUA: „In fast einstimmigen Beschlüssen haben sowohl das Europaparlament als auch der Europarat diese Vorsorgepolitik angemahnt. Daher fordern wir die Politiker der EU-Mitgliedsstaaten und die Presse auf, die Warnungen der EUA ernst zu nehmen und sich nicht dem Druck der Mobilfunklobby zu beugen, sondern sich für die Gesundheit der Bevölkerung, besonders der Kinder und Jugendlichen einzusetzen.“ Die EUA weist darauf hin, dass Erkenntnislücken nicht zur Begründung der Ungefährlichkeit der Mobilfunkstrahlung genutzt werden dürfen. Es braucht mehrere Jahre bis Jahrzehnte von der Entstehung bis zur Diagnose von Gehirntumoren. Mobiltelefone sind erst seit wenigen Jahren im massenhaften Einsatz. So wurden die Beweise, die eine Beziehung zwischen dem Rauchen oder Asbest und Lungenkrebs herstellen, erst Jahrzehnte später erbracht. Die EUA wiederholt ihre Warnungen, indem sie auf wissenschaftlich fundierte Forschungen zur Gefährdung durch Mobiltelefone hinweist. Auf der anderen Seite erklärt sie, dass Erkenntnislücken nicht zur Begründung der Ungefährlichkeit der Mobilfunkstrahlung genutzt werden dürfen, gerade angesichts der schweren und irreversiblen Wirkungsweise jeglicher Krebsformen. Milliarden Menschen sind dieser Strahlungsart ausgesetzt, besonders gefährdete Gruppen sind Kinder und Jugendliche. Daher fordert die EUA die Aufklärung der Bevölkerung und Verbraucherschutzmaßnahmen. Den Handynutzern und insbesondere Kindern und Jugendlichen sollte empfohlen werden, ihre Handys nicht unmittelbar an den Kopf zu halten: SMS oder Freisprechanlagen/ Headsets verringern die Strahlenbelastung um das Zehnfache. Die Regierungen sollten im Einklang mit der Entscheidung der WHO veranlassen, dass durch spezielle Aufkleber auf die Geräte die Nutzung von Mobiltelefonen als "möglicherweise krebserregend" gekennzeichnet wird, so die EUA. Darüber hinaus wäre ein deutliches Mehr an unabhängiger Forschung erforderlich. Die Kosten dieser Maßnahmen seien relativ gering, im Gegensatz zu den hierbei entstehenden möglichen Kosten als Preis der Untätigkeit, die um ein Vielfaches höher liegen könnten.

Weitere Informationen:

<http://www.diagnose-funk.org/politik/behoerden-int/krebsgefahr-eua-mahnt-zur-vorsorgepolitik.php>

Übersetzung: http://www.diagnose-funk.org/assets/df_eua_2011-10-26.pdf

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Mobilfunk-Risiken: Informationen und Tipps für Eltern und Pädagogen Berlin: In einem neuen Flyer können sich Eltern und Pädagogen ab sofort darüber informieren, wie sich elektromagnetische Strahlung durch Mobilfunk auf die Gesundheit von Jugendlichen, Kindern und Ungeborenen auswirken kann, und wie man sie besser davor schützt. ...

Der Flyer ist als pdf zum Download erhältlich unter:

www.info.diagnose-funk.org/downloads/gemeinschaftsflyer_kinder-und-mobilfunk.pdf

und kann bestellt werden unter:

www.info.diagnose-funk.org/materialien/gemeinschaftsflyer-zu-kinder-und-jugendliche.php

Wenn Sie wissen wollen, wo in Ihrer Nähe Funkanlagen (Antennenmasten) stehen:

<http://emf2.bundesnetzagentur.de/karte.html>

=====

RADIOAKTIVITAET

Strahlentelex

Aus dem Inhalt Heft Dezember 2011

- **Der radioaktive Fallout von Fukushima ist weiter verbreitet und die Belastung höher als gedacht**
- **Die neue Reisernte in Fukushima ist stark mit Radiocäsium belastet**
- **Die Nahrungsmittelproduktion in den östlichen Präfekturen Japans könnte noch mehrere Jahrzehnte lang unmöglich sein**
- **Der Fallout vom 15. März 2011 ist die Hauptquelle der Belastung in der Präfektur Fukushima**
- **Verstrahlte Rinder zu Forschungszwecken**
- **Stark erhöhte Strahlung in Tokyoter Stadtbezirken**
- **Weitere Evakuierungen notwendig**

*

Aus dem Inhalt Heft November 2011

- **Fukushima: 2 mal mehr Cäsium-137 freigesetzt, als bisher von japanischen Behörden zugegeben und von der IAEA geschätzt**
- **2½ mal mehr radioaktives Xenon freigesetzt als durch Tschernobyl. Freisetzungsbeginn unmittelbar nach dem Erdbeben, noch vor dem Tsunami**
- **Das Europäische Komitee für Strahlenrisiken (ECRR) riskiert seinen guten Ruf Atommüll-Endlager: Gorleben war der Joker zur Überraschung des Bundes**
- **Greenpeace deckt falsche Berechnungen bei Strahlungsmessungen auf**
- **Strahlenrisiko: Atomstrahlung ist schädlicher für die Frauen**
- **Nahrungsmittelbelastungen: Auch Tschernobyl ist noch nicht gegessen**

Dokumentationen:

Zu besonderen Themen – wie Kinderkrebs um Atomkraftwerke, Leukämiehäufung in der Elbmarsch, **Urangehalte in Mineral- und Leitungswasser etc. – bietet Strahlentelex auf dieser Homepage Dokumentationen mit Materialiensammlungen zum Herunterladen und speziellen Links.**

<http://www.strahlentelex.de/Register.htm#Dokumentationen>

08.10.11

Aus Wort und Bild - Apotheken Umschau

Doch kein Krebsrisiko durch Atommeiler? / Eine Schweizer Studie findet keinen Zusammenhang mit Leukämie bei Kindern

Anders als es frühere Studien ergaben, konnten Forscher der Universität Bern kein erhöhtes Krebsrisiko für Kinder feststellen, die in der Nähe eines Atomkraftwerks aufwachsen,

berichtet die "Apotheken-Umschau". Die Studie analysierte die Daten von mehr als einer Million Kindern unter 15 Jahren. 953 von ihnen erkrankten zwischen 1985 und 2009 an Leukämie. Die Entfernung zu einem Atomkraftwerk hatte keinen Einfluss auf die Krebsrate.

<http://www.presseportal.de/meldung/2126085>

Studie: unter <http://www.canupis.ch/>

Anmerkung Scherrmann:

Diese Kurzmeldung der Apothekenumschau wurde durch zig Medien verbreitet, wie üblich ohne Quellenangabe der Studie.

Wer sich eine eigene Meinung machen möchte, kann dazu lesen:

Aus dem Strahlentelex Nr. 590-591 / 2011, S. 14-16

Alfred Körblein

Kinderkrebs um Kernkraftwerke - Die Schweizer CANUPIS- Studie

Auszug:

Schlussbemerkung

Wie zu vermuten war, hat die Schweizer CANUPIS-Studie kein signifikantes Ergebnis erbracht; die erwarteten Fallzahlen im 5km-Nahbereich waren zu klein, um mit ausreichender statistischer Sicherheit (power) eine Verdopplung des Leukämierisikos im Nahbereich nachweisen zu können. Der Vergleich der Schweizer Daten mit entsprechenden Daten aus Deutschland und Großbritannien zeigt jedoch, dass alle drei Datensätze erhöhte Leukämieraten im 5km-Nahbereich aufweisen: die gemeinsame Auswertung ergibt dort ein signifikant um 44% erhöhtes Leukämierisiko ($p=0,004$). Das widerlegt die Einschätzung der Schweizer Autoren, die Studie liefere „keine Hinweise dafür, dass kindliche Krebserkrankungen in der Nähe von Kernkraftwerken häufiger auftreten als anderswo“.

Der ganze Artikel: http://www.ipnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Stx_11_590_S14-16.pdf

=====

LÄRM

28. 12 . 2011

Nächtlicher Fluglärm: Er macht doch krank. Die Datenlage verdichtet sich, dass Lärm zu vermehrtem Auftreten von Hypertonie, Herzinfarkt und Schlaganfall führt.

Lärm ist lästig, er kann zu Schlafstörungen führen, die Konzentrationsfähigkeit beeinträchtigen sowie Gehörschäden hervorrufen. Die Beschränkung von Industrielärm, das Tragen von Schallschutz und das Verbot des Errichtens von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern in lärmbelasteten Regionen wurden deswegen gesetzlich geregelt und praktisch umgesetzt...

Mehr unter <http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/artikel.asp?src=heft&id=111082>

Literaturverzeichnis: <http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/lit.asp?id=111082>

14. 12. 2011

Bundestag: Linksfraktion: **Nächtlicher Lärmschutz soll Priorität vor wirtschaftlichen Belangen haben**

Verkehr und Bau/Gesetzentwurf

Berlin: (hib/MIK) Im Luftverkehr soll der nächtliche Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen Belangen haben. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Gesetzentwurf zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (17/8129 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/081/1708129.pdf>).

Gemäß Luftverkehrsgesetz dient die Flugsicherung der sicheren, geordneten und flüssigen Abwicklung des Luftverkehrs, schreibt die Fraktion. Der Schutz vor Fluglärm finde somit bei der Abwicklung des Luftverkehrs keine ausdrückliche Erwähnung. Zwar verpflichte das Gesetz die Luftfahrtbehörde und die

Flugsicherung, auf den Schutz der Bevölkerung vor unzumutbaren Fluglärm „hinzuwirken“. In der Praxis würden Lärmschutzbelange aber in der Regel hinter die betrieblichen Belange der Flughafenbetreiber und der Fluggesellschaften treten. Neuere Studien der Lärmwirkungsforschung würden zeigen, dass dem Lärmschutz der Bevölkerung vor dem Hintergrund der gesundheitlichen Risiken, den die Anwohner insbesondere im Umfeld der Flughäfen ausgesetzt sind, zukünftig ein größeres Gewicht beizumessen sei. Dabei sei zwischen dem Flugbetrieb während des Tages und während der Nacht zu unterscheiden. Während des nächtlichen Flugbetriebes sei der Nachtruhe Priorität vor anderen Belangen einzuräumen, schreibt die Fraktion.

http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_12/2011_521/02.html

=====

RECHT

August 2011

Büro Rechtsanwälte Hildebrand Mehrgardt und Sabine Haber, D-53913 Swisttal

Rechtskräftige Anerkennung einer Berufskrankheit nach Belastung mit organischen Lösungsmitteln nach der Listennummer 1317 (Encephalopathie und Polyneuropathie)

Kopie des Original-Schreibens unter

http://www.safer-world.org/images/de/recht/mehrgardt_loesemittel.pdf

12.10. 2011

Beschluss des Bundesverfassungsgesetzes bzgl. psychiatrischer Zwangsbehandlung:

http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20111012_2bvr063311.html

Diagnostik und Begutachtung asbestbedingter Berufskrankheiten Interdisziplinäre S2-Leitlinie der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin und der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin und Umweltmedizin

<http://www.pneumologie.de/fileadmin/pneumologie/downloads/Leitlinien/s-0030-1256087.pdf?cntmark>

V. Neumann¹, A. Theile², S. Löseke¹, A. Tannapfel^{1,2} **Neue Aspekte zur Pathogenese der Asbestose**
<http://www.asu-arbeitsmedizin.com/ASU-2011-10/Neue-Aspekte-zur-Pathogenese-der-Asbestose,QUIEPTMzMjM5MiZNSUQ9MTA0Njkw.html> und

http://www.asu-arbeitsmedizin.com/Gentner.dll/asu-2011-10-569-570_MzMyMzk2.PDF?UID=9481FCC6B051321FE6790BDAAF49E266519EA11C7D01487252

Anmerkung Scherrmann:

Hier zeigt sich sehr deutlich wie die Industrie die Rechtssprechung beeinflusst.

Weitere Informationen über scherrmann@safer-world.org

=====

UMWELTMEDIZIN

12. 09. 2011

Umweltmedizin in Deutschland kaum etabliert

Umweltmediziner haben die Situation ihres Faches in Deutschland analysiert. Trotz aller Bemühungen gebe es bis heute keine Strukturen für eine angemessene umweltmedizinische Versorgung der Bevölkerung, hieß es Anfang September aus dem Deutschen Berufsverband der Umweltmediziner

<http://www.dbu-online.de/> (dbu).

Dabei gebe es durchaus Ansätze, das Fach zu fördern: So finde sich in der Schlussresolution der Ministeriellen Konferenz der Gesundheits- und Umweltminister in Budapest im Jahr 2004 der Vorsatz, dieses Gebiet der Medizin besonders zu fördern. Auch der sogenannte European Environment and Health Action Plan hebe die besondere Bedeutung dieses Fachs hervor.

Umweltmedizinische Erkrankungen werden laut dem dbu immer häufiger, gleichwohl vernachlässige die Politik das Thema. Gleiches gelte für Universitäten und Krankenkassen.

Der Berufsverband fordert, „diesen wichtigen Bereich der Medizin in die universitäre Lehre aufzunehmen, angemessene berufs- und gesundheitspolitischen Voraussetzungen für die Ausübung diese Gebiets zu schaffen und die dringend notwendige Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten“.

Quelle: <http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/47305/>

Pressemitteilung des dbu:

http://www.dbu-online.de/fileadmin/grafiken/Sonstiges/Pressinfo_Leitlinie_2011_12.pdf

Merkblatt der Empfehlungen:

http://www.dbu-online.de/fileadmin/grafiken/Sonstiges/Leitlinie_Merkblatt_11_2011_Umweltmed.Praxis.pdf

Handlungsorientierte umweltmedizinische Praxisleitlinie

http://www.dbu-online.de/fileadmin/grafiken/Sonstiges/Leitlinie_Langfassung_11_2011_Umweltmed.Praxis.pdf

Anmerkung Scherrmann:

Insgesamt ist diese Leitlinie wichtig und vieles in diesem Papier ist hilfreich für Umweltkranke. Die vorliegende Form birgt aber auch einige Missverständnisse, so dass es nicht verwunderlich ist, dass sie auf zum Teil heftige Ablehnung bei Umweltkranken stieß.

Ich bin dabei, ein kurzes Kommentar zur "Leitlinie" zu schreiben. Sie können mich diesbezüglich gerne anmailen.

=====

VERBRAUCHER - KONSUMVERHALTEN

Konsum ist Wasserverschwender Nr. 1

Großteil des Verbrauchs durch Kleidung, Nahrung und Energie

Wassersparen im Haushalt ist das Gebot der Stunde, da die Wasserreserven weltweit immer knapper werden. Maßnahmen, die die monatliche Wasserrechnung günstiger machen, greifen alleine jedoch zu kurz, betonen Forscher der Universität Melbourne <http://unimelb.edu.au> in der Zeitschrift "Building Research and Information". Für Australien haben sie berechnet, dass 94 Prozent des langfristigen Wasser-Fußabdrucks eines Haushalts auf Hauserrichtung, Dienstleistungen und Konsumgüter zurückgehen - allen voran auf Kleidung, Nahrung und Elektrizität. ...

Zu einem vergleichbaren Ergebnis für Deutschland kam bereits im Vorjahr der WWF

<http://pressetext.com/news/20100322031>): Täglich verbraucht jeder Einwohner Deutschlands insgesamt 5.288 Liter oder 25 gefüllte Badewannen Wasser, wird das "virtuelle Wasser" auch mitgerechnet. 73 Prozent davon stammt aus der Landwirtschaft, 23 Prozent aus Industrieprodukten, wobei auch in dieser Auflistung die Kleidung und Ernährung die Liste der Verbraucher anführen.

<http://www.pressetext.com/news/20111115025>

=====

MEDIKAMENTE - NEBENWIRKUNGEN

Medikamente schädigen Leber stärker als gedacht

Nebenwirkungen und Beeinträchtigungen häufig nicht offengelegt

Medikamente schädigen die Leber mehr als angenommen. Zu diesem Schluss kommt die Deutsche Leberstiftung <http://deutsche-leberstiftung.de>. Der Grund: Die Schädigung der Leber ist in den Nebenwirkungen gar nicht veröffentlicht. "Es gibt wenig Daten zu Medikamenten und erhöhten Leberwerten. Unsere Experten waren erstaut, dass doch so viele befragte Personen dies angegeben haben", sagt Bianka Wiebner von der Deutschen Leberstiftung im presstext-Gespräch. Grundsätzlich ist die Vorhersage einer Leberschädigung schwierig, denn die Kombination von genetischen Faktoren und Umwelteinflüssen ist komplex. Eine Befragung der Stiftung hatte das Ziel, zu ermitteln, wie häufig erhöhte Leberwerte nach Medikamenteneinnahmen vorkommen und welche Risikofaktoren für Leberschädigungen durch Medikamente bestehen. Interviewt wurden volljährige Personen, die apotheken-, verschreibungspflichtige oder nicht verschreibungspflichtige Medikamente einnehmen.

Mehr unter <http://www.presstext.com/news/20111011026>

=====

TV

12. 09. 2011

"Markt": hohe Uranwerte in Dünger vom Baumarkt

NDR Fernsehen http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/markt/markt_deckt_auf/uranduenger101.html

Botulismus, die verharmloste Gefahr

http://mediathek.daserste.de/suche/5586958_botulismus-die-verharmloste-krankheit?clipSearchFilter=allClips&s=Krankheit&datumBis=&sendung=&datumVon=

ARTE:

Fashion Up-&Recycling

http://videos.arte.tv/de/videos/fashion_up_recycling-3458244.html

Fukushima: Schluss mit den Lügen

Nach dem Gau von Fukushima und den Lügen der Verantwortlichen kämpfen japanische Aktivisten um die Wahrheit http://videos.arte.tv/de/videos/fukushima_schluss_mit_den_luegen-4168936.html

Achtung, Lobby! Finance Watch in Brüssel

Sie gelten als eine Art Greenpeace für die Finanzwelt: "Finance Watch" schaut der Brüsseler Bankenlobby auf die Finger. http://videos.arte.tv/de/videos/achtung_lobby_finance_watch_in_bruessel_-4228494.html

Mediator: der Skandal um die Schlankheitspille

http://videos.arte.tv/de/videos/toedliche_pillen_mediator_skandal_video_live_chat-4256406.html

Krankheiten nach Maß (Ausschnitt)

http://videos.arte.tv/de/videos/krankheiten_nach_mass_ausschnitt_2_2_-4252280.html

Tricks der Lebensmittelindustrie

Mit Versprechungen aller Art lockt die Lebensmittelindustrie die Kunden.

http://videos.arte.tv/de/videos/die_tricks_der_lebensmittelindustrie_ausschnitt_-4173342.html

Der Turiner Asbest-Prozess

http://videos.arte.tv/de/videos/_der_turiner_asbest_prozess_-4289712.html

Video-Chat Themenabend Asbest 29. Nov. 2011

http://videos.arte.tv/de/videos/video_chat_themenabend_asbest_29_nov_2011-4297462.html

=====

ZEITSCHRIFTEN

Umwelt-Medizin-Gesellschaft 24. Jahrgang, Ausgabe 4/2011, S. 269-356

Schwerpunkt: **Nanotechnologie – Auswirkungen auf die Gesundheit**

Aus dem Inhalt:

Nanotechnologie:

- small parts – great future?
- Sicherheit von Nanosilber in Verbraucherprodukten: Viele Fragen sind noch offen
- Inflammation durch alloplastische Materialien
- Inflammation durch Partikelfreisetzung von alloplastischen Zahnersatzmaterialien
- Burkitt-like Lymphom (BLL) nach Exposition gegenüber Lösemitteln, Benzol und Partikeln von Holzstaub
- Nanotechnologie – Einfluss auf die Gesundheit – Nutzen und Risiko
- Umweltrat: Bessere Vorsorge beim Umgang mit Nanomaterialien

Atom/Strahlung:

- Freigesetzte Radioaktivität aus der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Pazifik und in der Nahrungskette

Globales Überleben:

- Das Umweltverhalten von Kindern und Jugendlichen – durch welche Faktoren wird es beeinflusst?

Recht:

- Rechtliche Anerkennungen in Verfahren von MCS- und ME/CFS-Erkrankten Rechtsprechung und Rechtsentwicklung

Tagungsberichte:

- Toxische Cocktails – die kleinste Dosis kann schaden (17.7.2011, Nürnberg)
- Lebenswert und zukunftsfähig? Künstliche Produkte in Lebens-Bereichen (16.-18.9.2011, Hagen)

Forum:

- Verschimmelt unsere Republik?

umwelt-medizin-gesellschaft

Erscheint vierteljährig; Umfang je Ausgabe ca. 80 S. Einzelpreis: € 10,- incl. MwSt. zzgl. Versand.

Abonnement: € 38,-, Ausland € 45,- incl. MwSt. und Versand.

Bestellungen und Probehefte: Umwelt – Medizin – Gesellschaft, Frielinger Str. 31, D – 28215 Bremen
info@umg-verlag.de, Internet: <http://www.umwelt-medizin-gesellschaft.de>

ZEITUNGEN

27. 11. 2011

Welt Online

Wenn Dämpfe und Düfte das Leben zur Tortur machen

Ob aus Parfüms, Shampoos, Reinigungsmitteln oder Textilien – ausdünstende Chemikalien lauern heute fast überall.

<http://www.welt.de/gesundheit/article13735176/Wenn-Daempfe-und-Duefte-zur-Tortur-werden.html>

POLTIK - BEHOERDEN

BUNDESREGIERUNG

20.10.11

Bessere Verbraucherinformation

Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechts der Verbraucherinformation vorgelegt.

Nach den Ergebnissen einer durchgeführten Evaluation zwei Jahre nach Inkrafttreten des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) stammen ein erheblicher Teil der Anfragen von sog. institutionellen Fragestellern wie Verbraucherverbänden und Journalisten, während Bürger bislang zurückhaltend von

den ihnen mit dem VIG eingeräumten Auskunftsrechten Gebrauch machen. Als mögliche Ursachen wurden unter anderem eine Unsicherheit über die zu erwartenden Gebühren sowie über das Schriftformerfordernis bei der Antragserstellung vermutet. Der Gesetzentwurf sieht nunmehr vor, dass etwa die Antragstellung auch formlos, d.h. mündlich oder per E-Mail erfolgen kann, einfache Anträge vollständig kostenfrei gestellt werden können, die Adressaten bei umfangreichen Anträgen verpflichtet sind, einen Kostenvoranschlag zu erstellen und die Behörden bei Unzuständigkeit verpflichtet sind, Anträge an die zuständigen Dienststellen weiterzuleiten.

Ferner hat die Evaluation ergeben, dass in etwas über 80 Prozent der Fälle die Bearbeitungsfrist von einem Monat – in Drittbeteiligungsfällen von zwei Monaten – eingehalten wird. Um die Quote weiter zu steigern hat sich die Bundesregierung entschlossen, Fälle aufzunehmen, in denen von der Anhörung betroffener Dritter abgesehen werden kann.

Schließlich wird insbesondere § 40 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) neu gefasst, wonach die Behörde abzuwägen hat, in welchen Fällen eine Information der Öffentlichkeit angezeigt ist. Die Dioxin-Problematik Ende 2010/Anfang 2011 habe gezeigt, dass diese Regelung bisher nur unzureichend durch die Behörden umgesetzt wird. Mit einem neu eingefügten Absatz 1a soll nunmehr bestimmt werden, dass bestimmte herausgehobene Verstöße unabhängig vom Vorliegen der bisherigen Voraussetzungen des § 40 Abs. 1 LFGB zwingend zu veröffentlichen sind („Muss“-Tatbestand).

Pressemitteilung <http://www.betrifft-gesetze.de/parlamentsdrucksachen/nachrichten/detail/newspage/1/artikel/nachrichten-2/bessere-verbraucherinformation.html>

Weiterführende Hinweise: BR-Drs. 454/11 http://www.edrucksachen.de/pdf/0454_11.pdf

14.12.2011

Bundesministerium für Gesundheit:

Bundesgesundheitsministerium stellt neuen Internetauftritt zum Nationalen Krebsplan vor

Bürgerinnen und Bürger sollen sich schnell und unkompliziert über die Inhalte des Nationalen Krebsplans informieren können. Dafür hat das Bundesministerium für Gesundheit unter der Internetadresse:

www.bundesgesundheitsministerium.de/nationaler-krebsplan

alle relevanten Informationen zusammengefasst und auf seiner Internetseite bereit gestellt.

Die deutsche Gesundheitspolitik räumt der Krebsbekämpfung seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert ein. In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden grundlegende Verbesserungen und Fortschritte für die Bevölkerung in Deutschland erreicht.

Um die Aktivitäten aller an der Krebsbekämpfung Beteiligten noch wirksamer aufeinander abzustimmen und ein zielorientiertes Vorgehen zu forcieren, hat das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) gemeinsam mit der Deutschen Krebsgesellschaft, der Deutschen Krebshilfe und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tumorzentren im Juni 2008 den Nationalen Krebsplan initiiert. Dabei ist es gelungen, die Länder, die Krankenkassen, die Rentenversicherung, die Leistungserbringer, die Wissenschaft und die Patientenverbände als engagierte Partner für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Für die zentralen Handlungsfelder sind zahlreiche Ziele und Teilziele zur Weiterentwicklung der Versorgung von Krebspatienten und -patientinnen und deren Angehörigen formuliert worden. Die hieraus resultierenden Maßnahmen werden Schritt für Schritt umgesetzt.

Anmerkung Scherrmann:

Zielorientiertes Vorgehen wäre für mich auch, die schon vorhandene Forschung über Zusammenhänge zwischen Schadstoffen und Krebs sichtbar zu machen, und die Krebskranken und die Nochnichtkrebsskranken über diese Zusammenhänge aufzuklären. Wenn Sie auf der Eingangssite der Environmental Health Perspectives (ehp), a peer-reviewed open access journal published by the National Institute of Environmental Health Sciences (NIEHS) <http://ehp03.niehs.nih.gov/home.action> in die Suchmaske "cancer" eingeben, erhalten Sie am 30. 12. 2011

auf <http://ehp03.niehs.nih.gov/search/simpleSearch.action;jsessionid=91EDCE20738195838D42D477B7292061?query=cancer> 3.994 Ergebnisse. Sie können die Ergebnisse dann auf dem Kasten auf der rechten Seite unter Body, References, Abstract, Title etc. spezifizieren.

=====

BUNDESTAG

30. 11. 2011

Zuspruch für Präventionsgesetz Ausschuss für Gesundheit (Anhörung)

Berlin: (hib/MPI) Die Forderung der Opposition nach einem Präventionsgesetz und einem massiven Ausbau der Gesundheitsförderung sind bei den Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung auf viel Zustimmung gestoßen. Grundlage der Anhörung waren Anträge aller drei Oppositionsfraktion zum Thema Gesundheitsförderung und Prävention. „Die Zeit ist reif für ein Bundesgesetz zur nicht-medizinischen Prävention“, betonte der Leiter der Forschungsgruppe Public Health des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Rolf Rosenbrock. Der Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen, Thomas Altgeld, betonte, es mangle nicht an Papieren zur Prävention. Vielmehr fehle ein gesetzlicher Rahmen. Andreas Mielck vom Institut für Gesundheitsökonomie am Helmholtz Zentrum München betonte, ein Präventionsgesetz solle vor allem darauf ausgerichtet sein, die gesundheitliche Ungleichheit infolge sozialer Unterschiede zu verringern. Mehr unter http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_11/2011_497/02.html

Anmerkung Scherrmann:

Auch hier wird beim Lesen der Diskussionen über ein neues Präventionsgesetz meines Erachtens ganz klar, wie unterschiedlich die Definition und das Verständnis von „Prävention“ sein kann. Voraussetzung für effektive Prävention ist für mich zuerst mal Wissensvermittlung über die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Umweltfaktoren unterschiedlichster Art, die sich nicht nur auf wenige Schadstoffarten beschränken darf. Mehr unter <http://www.safer-world.org/images/de/handeln.pdf>

17.10. 2011

Regierung: Zulassungsverhärfung für Glyphosat-Herbizide ist nicht erforderlich

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz/Antwort

Die Bundesregierung hält eine Einschränkung der bisherigen Zulassungen für glyphosathaltige Herbizidwirkstoffe für nicht erforderlich. Das geht aus einer Antwort (17/7168 <http://dip.bundestag.de/btd/17/071/1707168.pdf>) der Regierung auf eine Kleine Anfrage (17/6858 <http://dip.bundestag.de/btd/17/068/1706858.pdf>) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Weiter heißt es, dass die Ergebnisse des staatlichen argentinischen Forschungsinstituts Conicet im Hinblick auf die Risikobewertung von Glyphosat für den Naturhaushalt von Bedeutung sind. ...

Pressemitteilung:

http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_10/2011_400/02.html

=====

UBA Umweltbundesamt

13. 10. 2011

Bereits beim Bedrucken von Papier ans Recycling denken!

Die Schweizer Supermarktketten COOP und Migros drucken seit November Teile Ihrer Kundenzeitungen mit mineralölfreien Farben! „Damit ist uns die Schweiz einen Schritt voraus.“, sagte der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Jochen Flasbarth. „Damit ist bewiesen: Es ist technisch möglich, mineralölfreie Druckfarben im Zeitungsdruck einzusetzen.“ ...

Gesamte Pressemitteilung: http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2011/pd11-056_bereits_beim_bedrucken_von_papier_ans_recycling_denken.htm

Weitere Informationen und Links:

Vorschlag des Bundesinstituts für Risikobewertung:

http://www.bfr.bund.de/de/fragen_und_antworten_zu_mineraloel_uebergaengen_aus_verpackungsmaterialien_auf_lebensmittel-50470.html#topic_50469

26. 10. 2011

Digitales Umweltlexikon komplett aktualisiert

„Daten zur Umwelt“ mit zusätzlichen Links und Informationen zur aktuellen Rechtslage

Das beliebte Rechercheportal „Daten zur Umwelt“ ist vollständig aktualisiert worden. Interessierte finden hier Antworten auf alle wichtigen Umweltfragen: Wie sauber ist unserer Atemluft? Wie verschmutzt sind Deutschlands Flüsse und Seen? Belastet der Verkehr die Umwelt immer noch so stark wie vor 10 Jahren? Auf einen Klick erhält man Hintergrundinformationen zu relevanten Gesetzen und umweltpolitischen Zielen. Zahlreiche Diagramme und Tabellen verdeutlichen den Rückgang der Treibhausgase in Deutschland oder die negativen Effekte des Verkehrslärms auf den Menschen. „Die ‚Daten zur Umwelt‘ sind ein zentraler Einstieg in das Thema Umwelt“, so Umweltbundesamt-Präsident Jochen Flasbarth. „Bürgerinnen und Bürger erhalten hier fundierte Informationen über den Umweltschutz in Deutschland.“ Abgerundet wird das Angebot durch Lektüretipps und Links zu weiterführenden Informationsquellen.

Das Internetangebot Daten zur Umwelt verweist nun auf alle Neuerungen beim Umweltrecht, insbesondere im Bereich des Klimaschutzes. Außerdem beschreibt es die umweltpolitischen Ziele der Bundesregierung. Für viele Stichworte gibt es relevante Literaturhinweise und weiterführende Links.

Mit dem digitalen Umweltlexikon „Daten zur Umwelt“ lässt sich der aktuelle Zustand der Umwelt in Deutschland schnell herleiten. Eine positive Entwicklung zeigt sich etwa bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. Hier liegt Deutschland im europäischen Vergleich vorn. Bis 2010 ging der Ausstoß der klimaschädlichen Gase gegenüber 1990 um rund 289 Millionen Tonnen zurück, das entspricht einem Rückgang von 23,1 Prozent. Damit unterschritt Deutschland zum vierten Mal in Folge die Zielgröße des Kyoto-Protokolls. Einen wesentlichen Teil dazu trug der Ausbau der erneuerbaren Energien bei. Ganze 119 Millionen Tonnen Treibhausgase konnten dadurch allein im Jahr 2010 eingespart werden.

Dagegen verdeutlichen die Daten zur Lärmbelastung, dass hier starker Handlungsbedarf besteht. Modellrechnungen des Umweltbundesamtes zeigen, dass derzeit etwa 13 Millionen Deutsche ein erhöhtes Herzkrankheitsrisiko aufgrund von Verkehrslärm besitzen. Und noch eine Zahl lässt aufhorchen: momentan erreichen nur 8 Prozent der deutschen Fließgewässer den „guten“ oder „sehr guten“ ökologischen Zustand, der von der Europäischen Union (EU) gefordert wird. Die häufigsten Ursachen hierfür sind Verbauung, Begradigung und fehlende Durchgängigkeit sowie die größtenteils aus der Landwirtschaft stammenden Nährstoffbelastungen. Positiv ist zu vermerken, dass fast alle deutschen Badegewässer (Seen und Küstengewässer) den Qualitätsanforderungen der EU-Badegewässerrichtlinie entsprechen.

Pressemitteilung: http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2011/pd11-050_digitales_umweltlexikon_komplett_aktualisiert.htm

Internetangebot „Daten zur Umwelt“: <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de>

14.10.2011

Unterschätzte Gefahr: Reinigungsmittel sind nicht harmlos

Neuer UBA-Flyer gibt Tipps zu umweltbewusstem Reinigen

Ätzende und reizende Reinigungsmittel verursachen in Deutschland nach wie vor eine große Anzahl an gesundheitlichen Schäden. Allein im Jahr 2009 wurden 665 Vergiftungen durch Reinigungsmittel gemeldet. Zudem belasten die Reiniger die Umwelt mit Chemikalien. Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes (UBA): „Das UBA rät dazu, auf ätzende Reinigungsmittel mit der orangenen Gefahrenstoffkennzeichnung zu verzichten. Für den Hausgebrauch sind solche Mittel völlig übertrieben.“

Der neue UBA-Flyer „Umweltbewusst reinigen – nachhaltig und hygienisch“ gibt Tipps zum sparsamen Umgang mit Wasch- und Reinigungsmitteln und zu umweltfreundlichen Produkten.

Grundsätzlich sind alle Reinigungsmittel potenziell gefährlich. Sie enthalten Tenside, welche beim Verschlucken z.B. Vergiftungen verursachen können. Seit dem Inkrafttreten der Meldepflicht für Vergiftungen am 01.08.1990 wurden fast 10.000 Fälle gemeldet, die von Reinigungsmitteln ausgingen. Diese stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit beruflichen Tätigkeiten – etwa 90 Prozent. Bei etwa 10 Prozent handelt es sich um Vergiftungen in Privathaushalten, wobei davon nur ein kleiner Anteil - rund ein Zehntel der privaten Meldungen - mittelschwere oder schwere Gesundheitsbeeinträchtigung betrifft. Allerdings sind von Vergiftungen im Privatbereich häufig Kinder betroffen.

Vor etwa einem Jahr musste das UBA gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) den Handel und Verkauf eines Reinigungsmittels untersagen. Aufgrund seines hohen Anteils an Salpetersäure stellte es eine erhebliche Gefahr für die Verbraucher dar. Das Produkt war aber nur in einzelnen Geschäften zu erhalten. Besonders problematisch sind Produkte, die das Gefahrenstoffsymbol „ätzend“ tragen. Dazu können Rohrreiniger, Backofen- oder Sanitärreiniger zählen. Bei unsachgemäßem Gebrauch können diese Mittel zu Hautreizungen, Verätzungen sowie Schädigungen der Atemwege und der Lunge führen. „Im Haushalt lassen sich solche Produkte ohne Weiteres vermeiden. Häufig sind weniger gefährliche Alternativen im Angebot.“, sagt Jochen Flasbarth.

Weitere Tipps gibt der neue UBA-Flyer „Umweltbewusst reinigen – nachhaltig und hygienisch“. Darin rät das UBA, beim Einkauf auf die Euroblume, das europäische Umweltzeichen zu achten. Produkte, die mit diesem Symbol gekennzeichnet sind, erfüllen strenge Auflagen zur Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit. Zusätzlich müssen die Hersteller bei diesen Produkten einen Nachweis über die Reinigungsleistung abgeben, sodass ein sauberes Ergebnis garantiert ist. Der Flyer zum umweltbewussten Reinigen ist auch in türkischer Sprache erhältlich.

Weitere Informationen und Links:

UBA-Flyer „Umweltbewusst reinigen – nachhaltig und hygienisch“:

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4162.html>

Ärztliche Mitteilung bei Vergiftungen 2009 finden Sie unter: <http://www.bfr.bund.de>

BfR-Broschüre „Risiko Vergiftungsunfälle bei Kindern“ in deutscher und türkischer Sprache:

http://www.bfr.bund.de/de/presseinformation/2011/35/kinder_vor_vergiftungen_schuetzen-127492.html

Informationen zum umweltfreundlichen Reinigen finden Sie unter:

<http://www.umweltbundesamt.de/chemikalien/waschmittel/fruehjahrsputz.htm>

Informationen zum europäischen Umweltzeichen finden Sie unter:

<http://www.umweltbundesamt.de/chemikalien/waschmittel/zeichen.htm>

=====

BZgA Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Neuausgabe 2011: "**Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention**"

In diesem Glossar, das die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung herausgibt, werden 109 zentrale Begriffe zum Thema Gesundheitsförderung definiert und erläutert. Das Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden in der Gesundheitsförderung und Prävention ist als Datenbank im Internet verfügbar: www.leitbegriffe.bzga.de

Anmerkung Scherrmann:

Nach dem Überfliegen mancher Leitbegriffe auf der angegebenen Site der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wundert es mich nicht, dass in Deutschland so wenig bzgl. einer effektiven Prävention im Sinne einer umfassenden Aufklärung und Schadstoffreduktion passiert.

=====

Ende des newsletter/128

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben und für Inhalte auf den angegebenen Fremdlings übernommen werden.

Die „Anmerkungen“ geben eine private Meinung wider.

Impressum:

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: 07352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org ,

web: <http://www.safer-world.org>

**SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles
internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt**